

BEATRICE FROMM

Geistes- und sozialwissenschaftliche Max-Planck-Institute
1948–2002/2005 – eine Chronologie

Preprint 18



gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

BEATRICE FROMM

**Geistes- und sozialwissenschaftliche Max-Planck-Institute
1948–2002/2005 – eine Chronologie**

Preprint 18

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005. Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:
<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung>

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 18

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka
Lektorat: Monika Feller
Redaktion: Birgit Kolboske
Grafik/Satz: doppel punkt Kommunikationsdesign

Erscheinungsjahr: 2022
Ort: Berlin
ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren
Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de>
DOI: 10.17617/23451492

Geistes- und sozialwissenschaftliche Max-Planck-Institute 1948–2002/2005 – eine Chronologie

Vorwort	5
I. Die Anfänge: 1948–1960	7
I.1 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht	7
I.2 Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht	9
I.3 Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte	11
I.4 Max-Planck-Institut für Geschichte	13
II. Wachstum und Wandel: 1960–1972	15
II.1 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung	16
II.2 Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich- technischen Welt	19
III. Bewährung in Krisen: 1972–1989	24
III.1 Max-Planck-Institut für Psycholinguistik	25
III.2 Max-Planck-Institut für psychologische Forschung	28
III.3 Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung	30
IV. „Aufbau Ost“: 1990–2002/2005	34
IV.1 Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen	36
IV.2 Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung	40
IV.3 Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte	41
IV.4 Max-Planck-Institut für demografische Forschung	44
IV.5 Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie	46
IV.6 Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung	50
V. Quellen- und Literaturverzeichnis	53
V.1 Ungedruckte Quellen	53
V.2 Bibliografie	53
V.3 Personenverzeichnis	56
V.4 Abkürzungen	58

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen des Forschungsprogramms *Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 1948–2002/2005* (GMPG) als Vorarbeit zu einem von Jürgen Kocka und mir verfassten Beitrag „Geistes- und Sozialwissenschaften in der MPG“ für den Syntheseband *Die Max-Planck-Gesellschaft 1945–2005*, der die Ergebnisse des Forschungsprogramms veröffentlichten wird.¹ Die in diesem Band ausgefaltete Geschichte der Forschung in den heute mehr als 80 Max-Planck-Instituten will dezidiert nicht individuelle Institutsbiographien schreiben; sie betrachtet die Ansätze, Entwicklungen und Vernetzungen der jeweiligen Forschungsarbeiten institutsübergreifend unter dem analytischen Raster des „Clusters“ und in einem strukturierten Tableau von Forschungsfeldern. Dies gelingt in den beiden großen naturwissenschaftlichen Sektionen der Max-Planck-Gesellschaft; die kleinste, Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftliche Sektion² hat sich in ihrer disziplinär vielfältig diversifizierten Struktur gegen den clustergeschichtlichen Zugriff gesperrt – bis auf den Teilbereich der rechtswissenschaftlichen Institute, die als Cluster gefasst werden konnten, im Ergebnisband in einem gesonderten Abschnitt dargestellt werden und dementsprechend in dieser Studie nur am Rande behandelt sind.

Eine Geschichte der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, die die Existenz dieser Sektion in der primär naturwissenschaftlich geprägten Max-Planck-Gesellschaft begründet und getragen haben, muss aufgrund der Heterogenität dieses Forschungsfeldes den einzelnen Instituten und ihrer Geschichte gesonderte Aufmerksamkeit widmen. Die vorliegende Studie will diese Geschichten jeweils zusammenfassend darstellen. Ihr Fokus liegt auf den Entstehungsgeschichten, sie fragt nach den Anlässen, Ursachen, Motiven und Zielen von Gründungsinitiativen, nach der Rolle von Personen und Organen der Max-Planck-Gesellschaft im Gründungsprozess, nach Kontroversen, Widerständen und Kompromissen, nach internen und externen Einwirkungen aus Wissenschaft und Politik. Ausgehend von den ersten Forschungsprogrammen und der ersten Direktorengeneration der Institute skizziert sie ihre Entwicklung im Untersuchungszeitraum, analysiert disziplinäre Verzweigungen, betrachtet Kooperationsbeziehungen und „Familienbildungen“ auch über Sektionsgrenzen hinweg und verfolgt schließlich die Entwicklung des jeweiligen Instituts über das Ende unseres Untersuchungszeitraums (2002/05) hinaus bis in die Gegenwart.

In ihrer chronologischen Anlage folgt die Studie den für die Max-Planck-Gesellschaft institutionell und zeitgeschichtlich abgrenzbaren Entwicklungsphasen, an denen sich das Forschungsprogramm insgesamt orientiert. Sie beginnt mit zwei aus dem „Erbe“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) übernommenen rechtswissenschaftlichen Instituten, für die eine Geistes-

1 Jürgen Kocka et al. (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023.

2 1950 gegründet als Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates und unter diesem Namen weitergeführt bis 2004, dann umbenannt in Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftliche Sektion unter Berücksichtigung der zunehmenden Erweiterung und Ausdifferenzierung des Forschungsspektrums der ihr zugeordneten Institute.

wissenschaftliche Sektion in der Max-Planck-Gesellschaft – nach dem Vorbild ihrer Vorgängerorganisation – erst geschaffen wird; sie zeichnet die wichtigsten institutionellen und programmatischen Veränderungen nach, die sich in den nachfolgenden Jahrzehnten mit dem Wechsel von Präsidenten und unter schwankenden finanziellen Rahmenbedingungen ergeben; sie nimmt die Herausforderungen und Chancen in den Blick, die aus der Zäsur 1989/90 und dem politisch induzierten Wachstumsschub des „Aufbau Ost“ entstehen und von der Max-Planck-Gesellschaft mit neuen geistes- und sozialwissenschaftlichen Gründungsinitiativen aufgegriffen werden.

Über eine Institutsgründung entscheidet der Senat der Max-Planck-Gesellschaft. Der wissenschaftliche Grundstein eines neuen Instituts wird jedoch zumeist in der für das Fachgebiet verantwortlichen Sektion gelegt: Hier werden erste Anregungen diskutiert, Konzepte entworfen und in Kommissionen erörtert, Forschungsprogramme ausgefaltet und auf personelle Realisierbarkeit geprüft, schließlich ein Vorschlag für die Institutsgründung und zur Berufung des Gründungsdirektors bzw. einer Gründungsdirektorin oder auch eines ersten Direktorenkollegiums formuliert, den die Sektion dem Senat zur Beschlussfassung vorlegt. Die wissenschaftliche Architektur der Max-Planck-Gesellschaft entsteht so zuerst in den drei Sektionen des Wissenschaftlichen Rates³ – zum Teil auch in Diskussionen über die Sektionsgrenzen hinweg –, entworfen von den dort agierenden Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. Auch deshalb stützt sich diese Studie unter den archivalischen und gedruckten Quellen, die ihr im Rahmen des Forschungsprogramms zur Verfügung standen, nicht zuletzt auf die Sitzungsprotokolle der Geisteswissenschaftlichen Sektion, die für den gesamten Untersuchungszeitraum digitalisiert vorliegen.

Ohne die Teilhabe an den im Kreis des Forschungsprogramms geführten Diskussionen und ohne den vielfachen Einblick in die entstehenden Forschungsarbeiten wäre die vorliegende Studie nicht entstanden. Dem Austausch mit den Autoren und ihren Anregungen verdanke ich viel. Jaromír Balcar danke ich für lange Gespräche und für das Privileg, seine Manuskripte schon in Entwurfsfassungen lesen zu dürfen, Urs Schoepflin für stets bereitwillig gewährte Unterstützung. Besonderen Dank schulde ich Jürgen Kocka für hilfreiche Hinweise, nachhaltige Lernprozesse und für die schöne Erfahrung einer gelingenden Zusammenarbeit. Birgit Kolboske, der ich maßgebliche Vorarbeiten für diese Studie verdanke, Monika Feller als Lektorin und die guten Geister des Editionsteams haben geduldig letzte Unebenheiten in diesem Text beseitigt; für Fehler und Übersehenes bin ich allein verantwortlich.

Beatrice Fromm, im Oktober 2022

3 Biologisch-Medizinische, Chemisch-Physikalisch-Technische und Geisteswissenschaftliche – später Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftliche – Sektion des Wissenschaftlichen Rates

I. Die Anfänge: 1948–1960

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wird am 26. Februar 1948 in Göttingen mit bizonalem Geltungsbereich für die Britische und die Amerikanische Besatzungszone gegründet, im Juli 1949 folgt die Anerkennung auch für die Französische Zone. 1950 erscheint das erste Institutsverzeichnis mit 34 Max-Planck-Instituten und Forschungsstellen, darunter zwei Institute in der gleichzeitig neu gegründeten Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates.⁴ Mit der Auflösung der „Deutschen Forschungshochschule“ in Berlin werden 1953 die dort noch befindlichen Max-Planck-Institute in die Max-Planck-Gesellschaft überführt; das beschlagnahmte ehemalige Kaiser-Wilhelm-Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften in Rom wird an die Gesellschaft zurückgegeben und unter seinem früheren Namen Bibliotheca Hertziana weitergeführt. Im Mai 1960, zum Zeitpunkt der Übergabe des Präsidentenamts von Otto Hahn an Adolf Butenandt, gehören der Max-Planck-Gesellschaft 40 Institute und Forschungsstellen an, davon vier in der Geisteswissenschaftlichen Sektion.⁵ In seiner Festansprache bilanziert Otto Hahn den Aufbau der „neue(n) Gesellschaft“, die „wenn auch juristisch eine Neugründung, so doch praktisch die Fortsetzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ war, und er resümiert: „Der Kern der Gesellschaft waren die alten Institute.“⁶

Das gilt auch für die im Folgenden aufgeführten drei ersten Institute der 1950 wiedergegründeten Geisteswissenschaftlichen Sektion. Und auch über die Gründung des vierten Instituts der Sektion, des MPI für Geschichte, wird noch 1955 mit ausdrücklichem Rückbezug auf das gleichnamige Vorgängerinstitut in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entschieden.⁷

I.1. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht *gegründet 1949 in Heidelberg*

Die Neugründung des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht mit dem Direktor Carl Bilfinger (1878–1958) war „eine Entscheidung für institutionelle und personelle Kontinuität“.⁸ Das gleichnamige Kaiser-Wilhelm-Institut, 1924 in Berlin gegründet, hatte sich unter seinem Gründungsdirektor Viktor Bruns (1884–1943) zu einer regierungsnahen Beratungsstelle in völkerrechtlichen Fragen, insbesondere bei der Auslegung des Versailler Vertrages, und zu einer Forschungseinrichtung von internationalem Rang entwickelt.

4 Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 330, 334.

5 Ebd., 408

6 Ebd., 404

7 Protokoll der 20. Sitzung des Senates vom 25. 3. 1955 in Tübingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 20.SP, fol. 177–178.

8 Felix Lange: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 14.

Weithin anerkannt als „Spitzeninstitut der deutschen Völkerrechtswissenschaft“⁹ begleitete es die Außenpolitik auch des NS-Staates, bot aber zugleich „eine Art Schutzraum für Internationalität und Information“.¹⁰ Nach dem Tod von Viktor Bruns übernahm 1943 bis 1945 Carl Bilfinger die Leitung des Instituts. Angesichts seiner expliziten Nähe zur NS-Ideologie galt seine Berufung als Direktor bei einer Wiederbegründung des Instituts in der Max-Planck-Gesellschaft durchweg als unwahrscheinlich. Erst im März 1949, nachdem er in seinem Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer eingestuft wurde, beschloss der Senat mit der Institutsgründung zugleich seine Berufung – gegen erhebliche interne Widerstände und scharfe Kritik aus Fachkreisen im In- und Ausland.¹¹ An eine Schließung des Instituts mit Blick auf den grundlegenden Systemwechsel in Recht und Politik, wie sie vierzig Jahre später für rechtswissenschaftliche Einrichtungen der DDR selbstverständlich erscheint, wurde jedoch, soweit aus den Quellen ersichtlich, zu keinem Zeitpunkt gedacht.

Mit der Berufung von Hermann Mosler (1912–2001), seit 1952 bereits Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des Instituts, in der Nachfolge von Carl Bilfinger beginnt 1954 eine Phase der Konsolidierung und Neuorientierung des Instituts. Aus seiner Referendarzeit im Kaiser-Wilhelm-Institut mit Viktor Bruns' methodischem Ansatz vertraut, knüpft Mosler hier an und setzt den Schwerpunkt des Instituts, auch im Unterschied zu der universitären Völkerrechtswissenschaft, in dieser Tradition auf praxisorientierte, juristische Untersuchungen¹², auf die Systematisierung des geltenden Völkerrechts und auf die Unterstützung der Regierung – insbesondere bei der Westintegrationspolitik Adenauers – durch juristische Expertise. Mit der Berufung Rudolf Bernhards (1925–2021) wird 1970 die Institutsleitung auf zwei Direktoren, 1981 in der Nachfolge Hermann Moslers auf drei Direktoren erweitert. Das kontinuierlich wachsende Institut kann in Forschungsarbeit und Beratungstätigkeit seine nationale und internationale Stellung zunehmend festigen.

9 Ingo Hueck: Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bd. 1: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 490–527.

10 Michael Stolleis: *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur. 1914–1945*. Bd. 3. München: C. H. Beck 1999, 395–396.

11 Lange, *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung*, 2020, 14–16.

12 Felix Lange: »Wider das völkerrechtliche Geschwafel«. Hermann Mosler und die praxisorientierte Herangehensweise an das Völkerrecht im Rahmen des Max-Planck-Instituts. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 75 (2015), 307–343, 1–2.

1.2. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht *gegründet 1949 in Tübingen*

Auch die zweite rechtswissenschaftliche Forschungseinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin, noch vor Kriegsende nach Tübingen verlagert, wird 1949 in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen und als Max-Planck-Institut neu begründet. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht war 1926, auch hier vor dem Hintergrund des Versailler Vertrages, mit der Aufgabe errichtet worden, als „zentrale deutsche Forschungsstelle für das Privatrecht der ausländischen Staaten und für die Rechtsordnung des internationalen und kaufmännischen Rechtsverkehrs“¹³ an der Gesetzgebung mitzuwirken und die deutsche Rechtsentwicklung durch die „vergleichende Methode“ zu fördern. Es beginnt umgehend eine kontinuierliche, umfangreiche Beratungstätigkeit in Politik und praktischer Rechtsanwendung durch Institutsgutachten unter anderem für Anwälte, Banken, Gerichte und Verbände sowie selbstverständlich für die Regierung und regierungsnahen Institutionen.¹⁴ Verfasst werden sie von bis zu 40 wissenschaftlichen Mitarbeitern, die zugleich für die Institutszeitschrift, an Monographien und wissenschaftlichen Publikationen arbeiten. In den Kriegsjahren wird das Institut stärker als das völkerrechtliche Schwesterinstitut durch das NS-Regime zu „kriegswichtigen Dienstleistungen“ herangezogen – von „reiner Rechtsforschung“ über die „Mitwirkung am internationalen Kriegsprivatrecht“ bis hin zur „Hilfestellung bei der Besetzung Europas“.¹⁵ Ernst Rabel (1874–1955), Gründungsdirektor und gleichzeitig Professor an der Berliner Universität, verliert beide Ämter 1937 und emigriert 1939 in die USA. Sein Nachfolger Ernst Heymann (1870–1946) kann 1944, schwer erkrankt, noch die Verlagerung des Instituts und die Rettung der Bibliothek nach Tübingen begleiten. Naheliegende Überlegungen am Kriegsende, Ernst Rabel in sein Direktorenamt wiedereinzusetzen, bleiben offenbar wenig konkret; erst 1950 kehrt er nach Deutschland zurück und arbeitet bis zu seinem Tod 1955 in Tübingen als Wissenschaftliches Mitglied an seinem ehemaligen Institut.¹⁶

Hans Dölle (1893–1980) übernimmt 1945 neben seinem Lehrstuhl an der Tübinger Universität die kommissarische Leitung des Instituts, wird 1946 zum Wissenschaftlichen Mitglied und 1949 mit der Wiederbegründung als Max-Planck-Institut zum Direktor des Instituts ernannt. Seine früh dokumentierte Unterstützung der NS-Ideologie, noch vor seiner Mitgliedschaft in der NSDAP 1937 und vor seiner Professur an der Universität Straßburg 1941–1945, war bekannt, doch 1948 stuft ihn das Entnazifizierungsverfahren als „entlastet“ ein.¹⁷ Widerstände gegen

13 *Handbuch der KWG 1928*, 164, zitiert nach Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 2. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016, 1338.

14 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1343–1344.

15 Ebd., 1347

16 Ulrich Magnus: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 24–25.

17 Ebd., 20–21

seine Berufung scheint es ebenso wenig zu geben wie gegen seine spätere Bestellung zum ersten Vizepräsidenten der Max-Planck-Gesellschaft aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion. Mit dem Ziel, für das Institut „die frühere Position als führende Forschungseinrichtung für Rechtsvergleichung und internationales Privatrecht“ zurückzugewinnen¹⁸, knüpft Dölle sowohl inhaltlich wie auch in den Außenbeziehungen an die Ära Rabel an. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird die Verlegung des Instituts 1956 nach Hamburg. Dort entsteht mit der Personalunion aus Institutsleitung und Professur an der Universität eine Tradition, die das Max-Planck-Institut – auch nach der späteren Einführung der kollegialen Leitung – und die juristische Fakultät bis heute eng verbindet.¹⁹ Institutstypisch, im Unterschied zur Universität, bleiben das Referentensystem der wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Organisationsstruktur der Länderreferate; diese wird unterstützt durch den nach Ländern geordneten Aufbau der Bibliothek, essentielles Arbeitsinstrument des Instituts und zunehmend zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland.

In der Amtszeit von Dölle, die mit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers korrespondiert, erstattet das Institut Gutachten für den Gesetzgeber, für deutsche Gerichte, Unternehmen und Verbände, ohne allerdings auf die gravierenden Veränderungen im deutschen und ausländischen Familienrecht, die sich gleichzeitig in raschen Verläufen vollziehen, rechtspolitischen Einfluss nehmen zu können.²⁰ Für die Referenten, der politischen Westorientierung folgend, wird ein Studien- oder Forschungsaufenthalt in den USA zum Qualifikationsausweis; nach „Osten“ gerichtet erscheint eine Sammlung des Instituts zu kollisionsrechtlichen Entscheidungen zwischen bundesdeutschem und DDR-Recht. Im Mai 1960 wird Dölle in der Max-Planck-Gesellschaft zum Vizepräsidenten gewählt, seit 1959 ist er Mitglied einer Satzungskommission, die die Reform der geltenden Satzung vorbereitet. Die neue Satzung wird am 3. Dezember 1964 von der Hauptversammlung beschlossen, 1965 schreibt Dölle den Kommentar.²¹

In den nachfolgenden, von erheblichen politischen Umbrüchen gekennzeichneten Jahrzehnten und mit dem Generationswechsel seiner Direktoren wächst das Institut räumlich und personell, verstärkt seine internationalen Verbindungen und öffnet sich für die disziplinübergreifenden Aspekte des Faches. Eine 1975 unter dem prägenden Direktorat von Konrad Zweigert (1911–1996) eingerichtete sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe bleibt zwar Episode, 1978 wird jedoch mit der Berufung von Ernst-Joachim Mestmäcker (*1926) und mit seinem Projekt zum Wirtschaftsrecht der Telekommunikation das Wirtschaftsrecht im Themenspektrum des Instituts verankert. Seither wird das Institut von jeweils drei Direktoren mit individuell

18 Konrad Zweigert: Hans Dölle. 1893–1980. *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 44/3 (1980), 421–422.

19 Magnus, *Geschichte des MPI für Privatrecht*, 2020, 18–19.

20 Ebd., 22–23

21 MPG – Dokumentationsstelle: Prof. Dr. Hans Dölle, Vizepräsident der Gesellschaft, Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964 (Vorwort datiert Hamburg, im Juni 1965)

variierenden Forschungsschwerpunkten geleitet, gemeinschaftlich und ohne Aufgliederung in Abteilungen.

1.3. Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte

gegründet 1913 als Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Rom, wiedereröffnet 1953 als Max-Planck-Institut

Den Anstoß für die Gründung des ältesten geisteswissenschaftlichen Instituts der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft geben nicht inhaltliche Planungen, etwa für die Förderung des noch jungen Faches Kunstgeschichte,²² nicht ein wie immer verstandenes „Harnack-Prinzip“, sondern Mäzenatentum: Henriette Hertz (1846–1913) vermacht 1912 den Palazzo Zuccari in Rom samt Bibliothek und Gemäldesammlung sowie einen Teil ihres Vermögens testamentarisch der KWG mit der Auflage, das darin begründete kunsthistorische Institut als „Bibliotheca Hertziana“ weiterzuführen. Das Geschenk trifft nicht nur auf Wohlwollen. Es kollidiert mit ehrgeizigen Strukturplänen für die preußischen Auslandsinstitute in Rom.²³ Adolf von Harnack (1851–1930), der die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft freihalten wollte von „Kapital und Clique“²⁴, äußert ungewohnt polemische Skepsis. Dennoch nimmt das 1913 eröffnete Institut als „Bibliotheca Hertziana der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ unter seinem Gründungsdirektor Ernst Steinmann (1866–1934) mit ersten Publikationen – den „Römischen Forschungen“²⁵ – die Arbeit auf, übersteht eine erste kriegsbedingte Schließung 1915–1920 samt anschließender Finanznöte, gewinnt Assistenten und in zunehmender Zahl Stipendiaten und Gäste, unter ihnen ab 1928 Aby Warburg (1866–1929) und ab 1929 Richard Krautheimer (1897–1994), der die Bearbeitung der Frühchristlichen Basiliken Roms übernimmt, 1935 emigrieren muss, 1965 zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied berufen wird und 1971 in das Institut zurückkehrt.

Mit der Emeritierung Steinmanns und der Berufung von Leo Bruhns (1884–1957) zu seinem Nachfolger wird das Institut 1934 umbenannt in „Kaiser-Wilhelm-Institut für Kunst- und Kulturwissenschaft – Bibliotheca Hertziana“, 1938 dann erneut, unter Streichung des Zusatzes Bibliotheca Hertziana, in „Kaiser-Wilhelm-Institut für Kunst- und Kulturwissenschaft im Palazzo Zuccari“ zur Tilgung jüdischer Spuren. Bereits 1933 wird auf Veranlassung der Reichs-

22 Hier und im Folgenden nach Gerhard Wolf: *Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven*. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2015, 344–357, 347–351. doi:10.34663/9783945561010-11. Desgleichen Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016, 143–162.

23 Wolf, *Ever the Best*, 2015, 344–357, 348.

24 Maria Teresa Costa, *Eine Geschichte der kunsthistorischen Institute der Max-Planck-Gesellschaft*, Manuskript 2021, 31.

25 Vgl. beispielsweise Ernst Steinmann (Hg.): *Die Sixtinische Kapelle*. 2 Bände, München, 1901/1905; Sybille Ebert-Schifferer: *Mit dem Herzen in Rom, mit den Augen im Gestern*. Ernst Steinmanns Blick auf Rom. In: Anna Esposito und Heidrun Ochs (Hg.): *Trier – Mainz – Rom. Stationen, Wirkungsfelder, Netzwerke. Festschrift für Michael Matheus zum 60. Geburtstag*. Regensburg: Schnell und Steiner 2013, 393–402.

kanzlei mit Werner Hoppenstedt (1883–1971) ein Stellvertretender Direktor installiert, der auch als Gauhauptstellenleiter der NSDAP fungiert.²⁶ Zwei Jahre später wird für ihn eine Kulturwissenschaftliche Abteilung geschaffen, die den „Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Italien“ gewidmet ist. Als ihr Direktor richtet Hoppenstedt 1938 eine Unterabteilung für Anthropologie und Rassenkunde ein. Das Institut ist nunmehr in zwei eigenständige Institute für Kunstgeschichte und für Kulturwissenschaft aufgeteilt. Über den Kriegsausbruch 1939 hinaus kann es zwar seine Arbeit zunächst „ungestört fortsetzen“, da die deutschen Auslandsinstitute für kriegswichtig erklärt werden.²⁷ 1944, mit der Eroberung Roms und der Beschlagnahme des Palazzo Zuccari durch die Alliierten, trifft das Institut jedoch eine zweite kriegsbedingte Schließung, diesmal für neun Jahre. Die Bibliotheken der deutschen Forschungsinstitute Roms werden durch die deutsche Wehrmacht in die Salzburger Bergwerke bei Hallein verbracht; Bruhns und Hoppenstedt ziehen sich nach Meran zurück, die deutschen Mitarbeiter nach Deutschland.

Zwei Jahre später haben US-amerikanische Truppen den Rücktransport der Bibliothek nach Rom übernommen, der Palazzo Zuccari steht unter Zwangsverwaltung der *Unione Internazionale degli Istituti di Archeologica, Storia e Storia dell' Arte*. Es scheint, als sollte das zögernde Willkommen, mit dem 1913 das Geschenk von Henriette Hertz in der KWG empfangen wird, nun kompensiert werden durch jede nur mögliche persönliche und politische Anstrengung, es für die „neue Gesellschaft“ (Otto Hahn) zu retten. 1946 schreibt Präsident Planck an Papst Pius XII. und bittet ihn für den Erhalt der Hertziana um Unterstützung. Auch Werner Heisenberg (1901–1976) verhandelt 1949 in Rom. 1950 erstellt das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht durch Carl Bilfinger ein Gutachten zum Eigentumsrecht der Max-Planck-Gesellschaft an der Hertziana, das die Bundesregierung ihren Verhandlungen über die Rückgabe der deutschen Forschungsinstitute zugrunde legt. Die Verhandlungen gelingen unter dem Adenauer-De-Gasperi-Abkommen im April 1953.²⁸

Im Oktober 1953 wird die Bibliotheca Hertziana als Max-Planck-Institut in einem Festakt unter internationaler Beteiligung feierlich wiedereröffnet. Franz Graf Wolff Metternich (1893–1976) wird zum Direktor berufen. In seiner Amtszeit (1953–1962) festigt die Hertziana ihren Ruf als internationale Forschungsstätte für die römische Kunst- und Architekturgeschichte insbesondere der Renaissance und des Barock. Die Zahl der täglichen Nutzer der Bibliothek und der Fotothek steigt ebenso kontinuierlich wie die der langfristigen Stipendiaten und Gäste. Mit Metternichs 1961 berufenem Nachfolger Wolfgang Lotz, Institute of Fine Arts, New York, (1912–1981) kommen mit Mediävistik und Süditalienforschung neue Arbeitsgebiete hinzu; es beginnt eine Phase intensiven Wachstums – personell, im Forschungsspektrum, im Vortrags- und Seminarprogramm, aber auch im Bücherbestand der Bibliothek – mit langfristigen, vor allem auch räumlichen Konsequenzen. Seit 1977 steht das Institut unter kollegialer Leitung, heute von drei

26 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 148–159.

27 Ebd., 151

28 Ebd., 152–154

Direktorinnen. Mit den Schwesterinstituten ihres Fachs in Rom, Florenz, Paris, London und München unterhält die Hertziana zahlreiche Kooperationen, seit Neuerem auch mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. In der Max-Planck-Gesellschaft, und auch in der Geisteswissenschaftlichen Sektion, hatte sie gleichwohl lange den Status eines Solitärs. Geändert hat sich das erst 2002, als mit dem 1897 gegründeten Kunsthistorischen Institut in Florenz eine zweite, fachlich verwandte aber wissenschaftlich eigenständig ausgerichtete Forschungseinrichtung der Kunstgeschichte als Max-Planck-Institut in die Sektion aufgenommen wurde.

1.4. Max-Planck-Institut für Geschichte

gegründet 1955 in Göttingen, 2006 umbenannt in Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte, 1917 in Berlin errichtet und in Nebenräumen der Staatsbibliothek Unter den Linden untergebracht, war mit dem Tode seines Gründungsdirektors Geheimrat Professor Paul Fridolin Kehr (1860–1944) aufgelöst worden. Kehr, gleichzeitig Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive, Präsident der *Monumenta Germaniae Historica* und Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom, hatte die vornehmlich von institutsfern tätigen Archivaren geleistete Arbeit des Instituts auf wenige Projekte konzentriert (*Germania Sacra*, Edition der Korrespondenz Karls V., Edition der Briefe Wilhelms I.), eingebunden in einen von ihm in Personalunion geleiteten Forschungsverbund.²⁹ Erste Anstöße zu einer „Wiedererrichtung“ des Instituts kommen bereits 1949 – also unmittelbar nach der Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft – sowohl aus Historikerkreisen als auch aus der Gesellschaft selbst. Ein erster Antrag von Hermann Heimpel (1901–1988), nach Lehrstühlen in Freiburg (1931), Leipzig (1934) und Straßburg (1941) seit 1944 Ordinarius in Göttingen, bleibt 1949 erfolglos. Doch seinem zweiten Antrag, befürwortet von Prälat Georg Schreiber (1882–1963), Senator der Max-Planck-Gesellschaft und Vorsitzender der „Senatskommission für geisteswissenschaftliche Angelegenheiten“, gibt der Senat 1955 statt und beschließt, „in Fortsetzung der Tradition“ des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts ein Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen mit Herrmann Heimpel als Direktor zu gründen.³⁰

Die Standortentscheidung erleichtert die Zustimmung der Länder; das Land Niedersachsen errichtet ein Institutsgebäude aus eigenen Mitteln, Heimpel behält seinen Lehrstuhl an der Universität und leitet das Institut im Nebenamt. Explizit konzipiert als ein „kleines“ Institut, bleibt es dies auch später, selbst im Vergleich zu anderen Instituten der Geisteswissenschaftlichen Sektion. In seinem erneut der *deutschen* Geschichte gewidmeten Forschungsprogramm übernimmt es aus dem Vorgängerinstitut das Projekt *Germania Sacra*. Hinzu kommen systematische Forschungen zu den Königspfalzen und Königshöfen des Spätmittelalters sowie eine

29 Hier und im Folgenden nach Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Berlin: GMPG-Preprint 2017, 559–574.

30 Protokoll der 20. Sitzung des Senates vom 25. 3. 1955, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 20.SP, fol. 177–178.

bibliographische Neuausgabe des Dahlmann-Waitz³¹ – drei Langzeitprojekte, die den Schwerpunkt des Instituts zunächst in die Mediävistik legen. Eine „Neuere Abteilung“, nebenamtlich geleitet von Richard Nürnberger (1912–1999) von der Universität Göttingen und mit dem späteren 19. Jahrhundert befasst, entwickelt sich ab 1962 unter der Leitung von Dietrich Gerhard (1896–1985), Washington University, St. Louis/USA, und ab 1967 unter dessen Nachfolger Rudolf Vierhaus (1922–2011), Ruhr-Universität Bochum, zu einer Abteilung für „Neuere Geschichte“, die das Spektrum der Forschungen des Instituts balanciert und weiter öffnet – auch hin zu internationaler Forschung. In der Geisteswissenschaftlichen Sektion, die sich sukzessive vergrößert, übernimmt Hermann Heimpel 1960 den Vorsitz, ebenso danach im Wissenschaftlichen Rat. Er ist Mitglied der Gründungskommissionen sowie später in den Beiräten der neuen Max-Planck-Institute für Bildungsforschung, für europäische Rechtsgeschichte, für Strafrecht und für das Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, er wird Mitglied des Senats und ist vielfach gefragter Redner. Ein Beirat des Instituts bildet mit „geborenen“ und weiteren langfristig eingebundenen Mitgliedern ein Netzwerk aus etablierten Fachkollegen, das die Verbindung zur historischen Forschung in Universitäten und Akademien gewährleistet. Regelmäßige wissenschaftliche Tagungen und nicht zuletzt die zentrale Ressource der herausragenden Bibliothek ziehen Gastwissenschaftler in großer Zahl an das Institut.

1971 wird Hermann Heimpel emeritiert, in seiner Nachfolge werden Josef Fleckenstein, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg im Breisgau, (1919–2004), und Rudolf Vierhaus, zuvor bereits Leiter der neuzeitlichen Abteilung, zu Direktoren des Instituts berufen. Aus der nunmehr kollegialen Leitung und der Koexistenz zweier zunehmend eigenständiger Abteilungen erklären sich sowohl Chancen als auch Probleme in der weiteren Entwicklung des Instituts. Zu den Ersteren gehört zweifellos 1977 die Eröffnung der *Mission Historique Francaise en Allemagne* als selbständige Forschungseinrichtung des französischen Außenministeriums mit Gaststatus im Institut, des ersten historischen Instituts, das Frankreich in Deutschland gegründet hat³². Die intensive Zusammenarbeit mit der *Mission* öffnet das Institut für internationale Kooperationen, die in späteren Jahren auch zur Einrichtung weiterer vergleichbarer Gastinstitute aus Großbritannien, Polen und Spanien in Göttingen führen. Auf der anderen Seite entstehen Probleme wie die Rivalität der Abteilungen im Anspruch auf die kaum noch frei verfügbaren personellen Ressourcen, die sich angesichts der Größenordnung des Instituts als kaum lösbar erweisen und dauerhaft belastende Krisen zur Folge haben.

1996 sieht sich der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hans F. Zacher, nach von Bund und Ländern beschlossenen weitgreifenden Sparmaßnahmen gezwungen, dem Senat die Schließung

31 Siehe beispielsweise František Graus: Am Rande der ersten zwei Bände des neuen »Dahlmann-Waitz«. *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 108 (1972), 211–222; Werner Schochow: Vom Vorlesungsbehelf zum Fachbibliographischen Magazin. 135 Jahre Dahlmann-Waitz. Hermann Haering zum 80. Geburtstag. *Zeitschrift für Bibliothekswissenschaft und Bibliographie* 13 (1966), 149–168.

32 Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext, 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 49–61.

des Instituts – sowie dreier weiterer Max-Planck-Institute – vorzuschlagen, nicht aus Gründen mangelnder wissenschaftlicher Qualität oder fehlender Zukunftsperspektiven, sondern nach dem Subsidiaritätsprinzip. Eine vom Institut ausgelöste internationale Kampagne zur Rettung des Instituts hat jedoch Erfolg, der Senat nimmt die Schließungsabsicht zurück. Im Blick auf die im Jahre 2004 bevorstehende gleichzeitige Emeritierung der in der Nachfolge von Fleckenstein und Vierhaus 1986 bzw. 1992 berufenen Direktoren Otto Gerhard Oexle, Universität Hannover (1939–2016) und Hartmut Lehmann, Deutsches Historisches Institut Washington (*1936), entwirft das Institut 2002 ein Zukunftsprogramm, das seine Forschungen in dem konzeptionellen Rahmen einer „Vergleichenden Historischen Kulturwissenschaft“ zu definieren sucht. Eine Kommission in der Geisteswissenschaftlichen Sektion wird gebildet und beginnt ihre Beratungen, die nach mehreren fehlgeschlagenen Berufungen ohne Ergebnis bleiben. 2004 wird eine kommissarische Leitung für das Institut eingerichtet. 2006 werden die Forschungsbereiche „Mittelalterforschung“ und „Neuzeitforschung“ auf Empfehlung der Geisteswissenschaftlichen Sektion geschlossen; beschlossen wird die Neuausrichtung und Umbenennung des Instituts in *Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften*.³³

II. Wachstum und Wandel: 1960–1972

In den langen 1960er Jahren gewinnt die Max-Planck-Gesellschaft im Zuge grundlegender Veränderungen in Umfang, Struktur und wissenschaftlicher Ausrichtung ihre heutige Gestalt.³⁴ Mit einem Vorlauf zum Ende der 1950er Jahre beginnt mit Adolf Butenandts (1903–1995) Übernahme des Präsidentenamtes ein dynamisches Wachstum, wie es die Gesellschaft nie zuvor und nie danach erfahren hat. Die Zahl der Institute und Forschungsstellen wächst von 40 auf 54, die der Beschäftigten von 3.000 auf 8.000 (darunter 2.000 Wissenschaftler), der Haushalt verzehnfacht sich von 47 Mio. auf fast 500 Mio. DM, parallel zur prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und befördert durch den Einstieg des Bundes in die Finanzierung.

Der Prozess der Restrukturierung der Max-Planck-Gesellschaft wird begleitet von einem wissenschaftlichen Generationenwechsel und von Reformen der Satzung in mehreren Etappen. Sie führen zunächst (1964) zur Festigung der Position des Präsidenten, dem eine Art Richtlinienkompetenz in der Wissenschaftspolitik der Max-Planck-Gesellschaft zuerkannt wird, sowie zur Einführung der kollegialen Leitung in den Instituten. In einer zweiten Phase, belastet von konfliktreichen Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund der 68er-Bewegung und ihren gesellschaftspolitischen Folgeerscheinungen, münden sie 1972 in Festlegungen zur Befristung der Leitungsfunktion der Direktoren sowie zur Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiter –

33 175. Senatsprotokoll der MPG v. 23. 3. 2007, S. 28, zitiert nach: Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 574.

34 Hier und im Folgenden vgl. Jaromír Balcar: *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/57 bis 1972*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

verstanden als Mitberatung und ohne Stimmrecht bei Berufungen – in Senat, Sektionen und Instituten.

Eine durchgreifende und umfassende wissenschaftliche Neuausrichtung gelingt der Max-Planck-Gesellschaft in diesem Jahrzehnt durch die Gründung neuer Institute und Abteilungen, durch die Zusammenlegung von Forschungseinrichtungen und durch die Umgründung bestehender Institute. In den beiden naturwissenschaftlichen Sektionen entstehen neue Schwerpunkte, ganz überwiegend fokussiert auf neue, aktuelle Forschungsthemen etwa in Astronomie und Astrophysik, Kernphysik und Plasmaphysik oder auch in Molekularbiologie, Genetik und in den Neurowissenschaften. In der Geisteswissenschaftlichen Sektion werden die bisher von zwei Instituten vertretenen Rechtswissenschaften durch drei Neugründungen verstärkt, hinzu kommen zwei atypische, dezidiert sozialwissenschaftlich ausgerichtete Institute mit hohem gesellschafts- und kulturpolitischem Anspruch, die sich von den klassischen Max-Planck-Instituten deutlich unterscheiden und schon in ihren Gründungsprozessen intern und extern heftig umstritten sind: das *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung* und das *Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*.

II.1 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

gegründet 1961 als Forschungsinstitut für das Bildungswesen in der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin, 1971 umgewandelt in Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Die Gründungsgeschichte des Instituts reicht zurück bis zu der in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik einsetzenden Debatte um die Bildungsreform, die Politik, Gesellschaft und (Sozial-)Wissenschaft bewegt und ihren Höhepunkt 1963 mit Georg Pichts (1913–1982) Artikelserie zur „Bildungskatastrophe“ erreicht.³⁵ Hellmut Becker (1913–1993), erfolgreicher Anwalt und mit Publikationen vielfach an dieser Diskussion beteiligt, legt der Max-Planck-Gesellschaft 1958 eine Denkschrift über Ziele und Struktur eines auf Politikberatung orientierten Forschungsinstituts für Recht und Soziologie der Bildung vor. 1959 greifen Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker und Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid die Anregung auf und richten einen Antrag an den Senat zur Prüfung der Voraussetzungen für die Gründung eines „Max-Planck-Instituts für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung“. Eine Senatskommission nimmt 1960 ihre Arbeit auf.

Die nun folgenden Beratungen werden nicht nur in der Senatskommission, sondern ebenso in der Geisteswissenschaftlichen Sektion, im Verwaltungsrat und im Senat von heftigen Kontroversen begleitet: Die sozialwissenschaftliche und zugleich politiknahe Ausrichtung der vorge-

³⁵ Vgl. dazu Balcar, *Wandel*, 2020, 16–21, 245; Ulrike Thoms: Geschichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer 2016, 1009–1024, 1011. Anmerkung I; Britta Behm: Das Institut für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker 1958–1981. Zur Genese und Transformation einer interdisziplinären Sozialwissenschaft im Kontext der Max-Planck-Gesellschaft. GMPG Preprint 2023 (im Erscheinen).

schlagenen Forschungseinrichtung, deren Arbeit nicht ohne Weiteres als Grundlagenforschung gelten kann, stellt auch jenseits der naturwissenschaftlichen Prägung der Max-Planck-Gesellschaft ein Novum dar, das ein so konzipiertes Institut von den klassischen Max-Planck-Instituten klar unterscheiden würde. Zudem berührt das Thema Bildung unmittelbar die Aufgaben der auf ihre Kulturhoheit bedachten Länder, derzeit noch die Hauptfinanziers der Max-Planck-Gesellschaft. Die eingeforderte Abstimmung mit den Kultusministern erweist sich erwartungsgemäß als schwierig. Schließlich steht auch das akademische Profil des Anwalts Hellmut Becker, der weder promoviert noch habilitiert noch in der juristischen Lehre tätig ist, im Widerspruch zu dem eines Max-Planck-Direktors. Den Bedenken begegnet man mit dem Argument, dass er als der Sohn des 1933 verstorbenen Kultusministers Carl-Heinrich Becker (1876–1933) mit dem Komplex Bildung und dessen Akteuren seit Kindheit vertraut und durch Publikationen zu Bildungsfragen weithin bekannt sei; zudem verfüge er über ein umfangreiches, auch in die Max-Planck-Gesellschaft hineinreichendes Netzwerk. Dass ohne ihn das Vorhaben nicht denkbar ist, steht von Anbeginn der Beratungen offenbar außer Zweifel.

In einer neuen, mehr als hundert Seiten umfassenden Denkschrift vom Mai 1961 entwirft Becker einen detaillierten Institutsplan, auf dessen Grundlage die Senatskommission nach Auswertung der Gutachten und weiteren intensiven Diskussionen die Institutsgründung schließlich empfiehlt. Der Senat beschließt daraufhin im Dezember 1961 die Gründung eines „Instituts für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens in der Max-Planck-Gesellschaft“ – wegen seiner Neu- und Andersartigkeit zunächst in der Form einer betreuten Einrichtung und als Experiment betrachtet. 1963 erhält das Institut seine entsprechend gestaltete Satzung und nimmt die Arbeit in Berlin in provisorischen Räumen mit vier Abteilungen auf: Becker, zum Gründungsdirektor berufen, leitet die Abteilung *Bildungsrecht*, Friedrich Edding (1909–2002) die Abteilung *Bildungsökonomie*, Dietrich Goldschmidt (1914–1988) die Abteilung *Bildungssoziologie* und Saul B. Robinsohn (1916–1972) die Abteilung *Pädagogik und Psychologie*.

Interdisziplinarität als Strukturprinzip der Forschungsarbeit wird in dieser Anlage des Instituts bereits sichtbar, lange bevor sie sich 1969 – mit der Auflösung der Abteilungen zugunsten projektförmiger Organisation – auch in einer grundlegend veränderten Governance spiegeln wird. Geprägt wird diese erste Arbeitsphase durch die vor allem von Becker vorangetriebene Kooperation mit dem 1965 eingerichteten Bildungsrat, dokumentiert in dessen 1970 vorgelegtem „Strukturplan für das Bildungswesen“. Mit der wachsenden Zahl der Mitarbeiter (1965 bereits 102 Beschäftigte, darunter 46 Wissenschaftler sowie zusätzlich 25 aus Projektmitteln, Stipendien und Honoraren finanzierte Gastwissenschaftler) wird 1964 die Planung eines Neubaus begonnen. Die Einbindung der Direktoren in die Lehre der Berliner Universitäten und die Ausbildung zahlreicher Doktoranden und Habilitanden am Institut, die von dort aus zu Professuren im In- und Ausland wechseln, festigen seine Position als Zentrum der deutschen Bildungsforschung und erweitern seine Netzwerke. Gleichzeitig wird es von den Schallwellen der 1968er Studentenrevolte getroffen, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf das Forschungsprogramm, die Forschungsorganisation und, wie schon erwähnt, die sich auflösende Leitungsstruktur.

Nach der 1971 erreichten Umwandlung in ein formal anerkanntes Max-Planck-Institut und der Berufung der Abteilungsleiter zu Wissenschaftlichen Mitgliedern stößt die Entwicklung des Instituts auf interne und externe Probleme: Der unerwartete Tod Robinsohns und die Schwächung der Curriculumforschung verstärken die zentrifugalen Tendenzen der Projektstruktur; die Auflösung des Bildungsrates 1975 reduziert den Kontakt mit Politik und Gesellschaft; unter dem Eindruck des nachlassenden öffentlichen Interesses an der Bildungsreform und mit der zunehmend schärferen Kritik – auch seitens des neu berufenen Fachbeirats – an der Effizienz seiner Arbeit wird das Institut von den 1972 in der Max-Planck-Gesellschaft einsetzenden Sparmaßnahmen massiv getroffen. Angesichts der ungelösten Nachfolge für Friedrich Edding 1974 und im Blick auf die nahezu zeitgleich folgenden Emeritierungen von Dietrich Goldschmidt 1979 und Hellmut Becker 1980 werden die entsprechenden Beratungen in den Gremien bereits 1975 aufgenommen. Deren Überlegungen zur Nachfolge für Hellmut Becker schließen im Ergebnis aus, dass eine Persönlichkeit ähnlichen Zuschnitts gefunden werden könnte; sie stehen damit vor der Frage einer Institutsschließung, beantworten sie aber negativ, ebenso wie die Vorschläge der scheidenden Direktoren zur Weiterführung des Instituts in seinen disziplinären Schwerpunkten. Stattdessen wird eine Reorganisation des Instituts beschlossen, die zur Abteilungsgliederung und zur expliziten Führungsverantwortung der Direktoren zurückkehrt und damit einer Neugründung gleichkommt.

Mit der Berufung des Entwicklungspsychologen Paul Baltes (1939–2006) beginnt 1980 eine wissenschaftliche Neuorientierung des Instituts, in der sich nicht zuletzt eine allgemein beobachtete Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Sozialwissenschaften abzeichnet. Auch eine Annäherung an die naturwissenschaftlichen Forschungsstandards der Max-Planck-Gesellschaft könnte hier gesehen werden. Neu eingerichtet wird Baltes' Forschungsbereich *Psychologie und Humanentwicklung*, fortgeführt werden die Bereiche *Entwicklung und Sozialisation* unter der Leitung von Wolfgang Edelstein (1929–2020), Institutsmitglied seit 1963, sowie *Schule und Unterricht*, geleitet von Peter Martin Roeder (1927–2011), seit 1993 Direktor am Institut. Der vierte Bereich *Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung* wird 1981 mit der Berufung des Soziologen Karl Ulrich Mayer (*1945) etabliert.

In der Folgezeit stabilisiert sich das Institut und setzt neue Akzente in seinen Schwerpunktbereichen Psychologie und Soziologie, indem die Perspektive auf die gesamte Lebensspanne ausgeweitet und auch der Alterungsprozess erforscht wird. Die von Mayer aufgenommene Forschung zu Lebensverläufen im innerdeutschen Ost-West-Vergleich und die von Baltes und Mayer geleitete „Berliner Altersstudie“, beides interdisziplinäre, langfristig angelegte und durch Bundesmittel geförderte Gemeinschaftsprojekte, bestimmen die Arbeit der 1990er Jahre. 1995 gewinnt mit der Berufung von Jürgen Baumert (*1945) als Nachfolger von Roeder der Forschungsbereich *Erziehungswissenschaft und Bildungssysteme* neue Aktualität und – im Kontext der Studien TIMMS und PISA – große öffentliche Aufmerksamkeit. Die Emeritierung von Wolfgang Edelstein 1997 ebnet schließlich den Weg zur Individualpsychologie: Mit der Umberufung des Entwicklungspsychologen Gerd Gigerenzer (*1947) aus dem Münchner *MPI für psychologische Forschung* wird der Forschungsbereich *Adaptives Verhalten und Kognition* eingerichtet. Das national und international durch Kooperation vielfach vernetzte Institut firmiert neben sei-

nem deutschen Namen *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung* nun auch unter dem englischen als *Max Planck Institute for Human Development*.

In der Geisteswissenschaftlichen Sektion bleibt das Institut über lange Zeit ein Solitär, auch wenn die Max-Planck-Gesellschaft in den siebziger Jahren mit dem *Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt* ein zweites sozialwissenschaftliches Institut zu etablieren versucht. Später entwickeln sich nähere und fernere Verwandtschaftsbeziehungen: Paul Baltes wird Vorsitzender der Gründungskommission des 1984 in Köln eingerichteten *Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung*; Karl Ulrich Mayer entwirft das Konzept und leitet die Gründungskommission für das 1995 in Rostock gegründete *Max-Planck-Institut für demografische Forschung*; Jürgen Renn (*1956), der seit 1991 mit Peter Damerow (1939–2011) die Arbeitsstelle „Albert Einstein“ am Institut leitet, wird 1993 zu einem der drei Gründungsdirektoren des *Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte* berufen; dem von Paul Baltes geleiteten kooperativen Verbund „Max Planck International Research Network on Aging (Max-NetAging)“ schließt sich 2004 auch das Münchner *Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht* an. Was hier mit den genannten Instituten entsteht, könnte als eine Art locker verbundene Familie gesehen werden – Eigenschaften eines Clusters scheint sie jedoch angesichts der Diversität ihrer Aufgabengebiete nicht zu entwickeln.

II.2 Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt *gegründet 1968 in Starnberg, 1981 geschlossen*

Auch die zweite Initiative zur Aufnahme sozialwissenschaftlicher Forschungen in der Max-Planck-Gesellschaft stößt bereits in den Anfängen auf Widerstand und heftigen Streit in den Gremien.³⁶ Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker, Wissenschaftliches Mitglied der MPI für Physik, seit 1957 Ordinarius für Philosophie an der Universität Hamburg und zeitweilig für die Nachfolge von Adolf Butenandt als Präsident im Gespräch, legt 1967 der Max-Planck-Gesellschaft eine Denkschrift zur Gründung eines Instituts für die interdisziplinäre Erforschung der gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen vor, angelegt in globaler Perspektive. Seit seiner Mitzeichnung der „Göttinger Erklärung“ von 1957 hat er sich zunehmend mit Fragen der weltpolitischen Verflechtungen und ihrer sozialen und ökonomischen Konsequenzen, insbesondere im Kontext der internationalen Friedens- und Konfliktforschung, beschäftigt. Bei seinem Antrag kann er sich auf den gleichen Kreis von Persönlichkeiten in der Max-Planck-Gesellschaft und ihrem Umfeld stützen, der schon den Gründungsprozess des MPI für Bildungsforschung begleitet hat. Zusätzlich macht sein Doktor-

³⁶ Hier und zum Folgenden: Ariane Leendertz: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010, 15–49, 118–121; Balcar, *Wandel*, 2020, 21–23; Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 886–889. Britta Behm (2020), Kapitel 3.

vater und Mentor Werner Heisenberg nachdrücklich seinen Einfluss geltend, um den massiven inhaltlichen wie auch politischen Bedenken gegen den Gründungsvorschlag zu begegnen.

Das Forschungsprogramm des vorgeschlagenen Instituts, 1968 in zwei weiteren Memoranden durch Weizsäcker ergänzt und modifiziert, sieht in einem breiten Fächer methodischer Ansätze interdisziplinäre Forschungen zu einem umfangreichen Themenkatalog vor: Welternährung und Entwicklungspolitik; Strukturprobleme hochindustrieller Gesellschaften und technologische Prognostik; Auswirkungen von Biologie und Medizin; Waffensysteme und Konzepte der Strategie und der Rüstungsbegrenzung; Zielvorstellungen einer „Weltföderation“ und schließlich die zukünftige Struktur Europas. Untersucht werden sollen diese Themen – nach einer „mehrjährigen Anfangsphase“ zu ihrer theoretischen Fundierung und zur Präzisierung der Arbeitsplanung – nicht in Einzelstudien, sondern in „zusammenhängenden Problemkreisen“.³⁷ Mit dem Verzicht auf die zunächst beabsichtigte Politikberatung und auf anwendungsorientierte Projektarbeit folgt Weizsäcker einer Bedingung des Senats. Wenn im Jahrbuch 1969 der Max-Planck-Gesellschaft der Gründungszweck des Instituts formuliert wird als die Aufgabe, „ein Bild der Entwicklung unserer Welt in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu entwerfen“,³⁸ wird verständlich, dass in den Gremien und in der aufmerksam beobachtenden Presse immer öfter von einem Institut für „Zukunftsforschung“ gesprochen wird. Rückblickend erinnert Jürgen Renn 2014 an die sich oft mit der Gründung von Max-Planck-Instituten verbindenden utopischen Erwartungen, sieht sie jedoch selten „so ambitioniert“ wie bei dem MPI für Bildungsforschung und bei dem Starnberger Institut.³⁹

Gegner und Befürworter der Institutsgründung setzen sich in den Gremien ein Jahr lang im Streit mit dem Vorhaben auseinander. Bedenken richten sich gegen seinen experimentellen Charakter, die Vagheit des Konzepts, gegen die eingeplante mehrjährige Anfangsphase und gegen eine „planungswissenschaftliche“ Tendenz der Forschungen. Befürchtet werden „utopisches Denken“ und eine „doktrinäre Arbeitsweise“, insbesondere bei den jüngeren Mitarbeitern, und eine Verselbständigung der interdisziplinären Arbeiten in einer Art „Superwissenschaft“. Entgegengehalten wird diesen Bedenken die unwidersprochene Relevanz der von Weizsäcker skizzierten Probleme und die auch im Blick auf das zunehmende Orientierungsbedürfnis von Politik und Gesellschaft gegebene Notwendigkeit, sie nach strengen Qualitätsmaßstäben wissenschaftlich zu bearbeiten. Die Max-Planck-Gesellschaft könne, anders als derzeit Universitäten und Akademien, die entsprechenden Standards und die Voraussetzungen für eine breit angelegte interdisziplinäre und methodisch innovative Forschung gewährleisten und müsse sich dieser Aufgabe stellen.⁴⁰

37 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 18–19, 128; Anm. 16, 17.

38 *Jahrbuch der MPG* 1969, 11, zitiert nach: Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 886.

39 Horst Kant und Jürgen Renn: *Eine utopische Episode – Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 2013, 213–242, 238.

40 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 20, 128 (Anm. 20).

Stimmen aus der Geisteswissenschaftlichen Sektion reklamieren frühzeitig die Zugehörigkeit des Vorhabens zu ihrem Bereich; mit dem holistischen Ansatz der projektierten Forschungen und der darin neu bestimmten Position der Philosophie sehen sie in dem Institut ein Projekt primär geistes- und sozialwissenschaftlicher Prägung. Unbestritten und von allen Seiten in der Argumentation hervorgehoben bleibt die Autorität des Wissenschaftlers von Weizsäcker. Das Konzept des Instituts ist ganz auf seine individuellen Interessen zugeschnitten; als am Ende der Senat im November 1968 die Gründung des Instituts beschließt, geschieht dies nicht zuletzt in der Tradition des Harnack-Prinzips. Dass Weizsäcker, seiner in zehn Jahren bevorstehenden Emeritierung bewusst, versichert hat, dass er sich „der Schließung des Instituts nicht widersetzen werde, falls sich zeige, dass dessen Arbeiten nicht fortgeführt werden sollten“, verweist bereits bei der Gründung auf die Schließung des Instituts als eine naheliegende Option.⁴¹

1971 wird Jürgen Habermas zum Wissenschaftlichen Mitglied und Direktor am Institut berufen, die beiden Direktoren arbeiten zunächst ohne feste Abteilungsstruktur. Es entstehen dennoch zwei faktisch getrennte Arbeitsbereiche – Naturwissenschaftler und Ökonomen auf der einen Seite, Philosophen und Sozialwissenschaftler auf der anderen –, die sich in den basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen der zahlreichen Gremien, die mit der Institutsgründung geschaffen wurden, gegeneinander positionieren. Dass ihre nicht endenden, kräfte- und zeitraubenden Kontroversen mit den Anforderungen an eine effiziente Forschungsorganisation kollidieren, bleibt nicht ohne Folgen für die Entwicklung des Instituts.⁴²

1975 wird die Struktur des Instituts neu festgelegt mit der Aufteilung in zwei Arbeitsbereiche, jeweils definiert durch einen weit gefassten Katalog von Forschungsthemen: Weizsäcker plant im Arbeitsbereich I Untersuchungen zu Kriegsverhütung und Strategie, zur politischen Ökonomie (Umwelt, Wachstum, Entwicklungsländer), zu den Grundlagen der Quantentheorie, zu Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie; Habermas beschäftigt sich im Arbeitsbereich II mit Krisenpotentialen spätkapitalistischer Gesellschaften, mit der Krisenbehandlung durch den Staat, mit Protest- und Rückzugspotentialen von Jugendlichen und mit der Ontogenese von Moralbewusstsein und interaktiven Fähigkeiten.⁴³ Noch im gleichen Jahr beginnt mit dem gemeinsamen Antrag der beiden Direktoren an die Max-Planck-Gesellschaft, eine dritte Abteilung für „Internationale Ökonomie“ einzurichten und einen dritten Direktor zu berufen, die Diskussion über die Zukunft des Instituts. Sie wird die Geisteswissenschaftliche Sektion vier Jahre lang beschäftigen.

Die von der Sektion eingesetzte Kommission befasst sich 1976 zunächst mit dem Antrag des Instituts, lehnt aber die Einrichtung einer Abteilung Internationale Ökonomie, deren „zentrifugale“ Wirkung der Fachbeirat befürchtet, ebenso ab wie die Berufung eines dritten Direktors.

41 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 22, 129 (Anm. 28).

42 Juliane Scholz: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft (1945–1980)*. Berlin: GMPG-Preprint 2019, 154–160.

43 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 22.

Sie sieht darin ein Präjudiz für die Zukunft des Instituts, zumal ein Nachfolger für von Weizsäcker, der dessen Forschungsgebiete abdecken könnte, nicht in Sicht ist. In der Folge entwickeln sich die Beratungen über die Frage einer Weiterführung der beiden Arbeitsbereiche zu einer wechsellvollen und zermürbenden Diskussion, die zudem in Presse und Öffentlichkeit mit wachsender Intensität kommentiert wird. Weizsäcker und Habermas skizzieren jeweils eigene, divergierende Konzepte, auswärtige Gutachter (Paul Baltes, Ralf Dahrendorf, Renate Mayntz) werden herangezogen, und zunehmend richtet sich die Debatte, auch mit dem Blick auf eine forschungsstrategische Gesamtplanung der Max-Planck-Gesellschaft, auf die Personen der potentiellen Direktoren. Nach einem Gespräch in London mit Ralf Dahrendorf 1978 berichtet Präsident Reimar Lüst (1923–2020) der Kommission, dass dieser eventuell bereit wäre, einem Ruf an das Institut zu folgen. Eine Fortführung des Arbeitsbereichs Weizsäckers wird inzwischen ausgeschlossen. Die in der Folge von Dahrendorf und Habermas entwickelten Vorstellungen für ein neu strukturiertes, explizit auf sozialwissenschaftliche Forschung gerichtetes Institut führen – nicht ohne inhaltliche und strukturelle Einwände in beiden Gremien – zu entsprechenden Empfehlungen der Kommission und der Geisteswissenschaftlichen Sektion. Im März 1979 votiert der Senat nahezu einstimmig für die Schließung des Arbeitsbereichs von Weizsäcker, für die Umbenennung des Instituts in „Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften“ und für die Berufung von Ralf Dahrendorf. Kaum zwei Monate später lehnt Dahrendorf jedoch den Ruf ab und tritt zudem aus dem Senat zurück.

Das Institut hat zum Jahresende 1979 etwa 70 Mitarbeiter, davon 35 Wissenschaftler, zusätzlich zehn Stipendiaten und sieben wissenschaftliche Gäste. Die mit der Schließung des Arbeitsbereichs von Weizsäcker verbundenen personalpolitischen und arbeitsrechtlichen Probleme sind absehbar und belasten den Versuch eines Neuanfangs nachhaltig. Die Kommission nimmt die früheren Pläne von Jürgen Habermas wieder auf, der das Konzept eines sozialwissenschaftlichen Instituts mit vier Abteilungen vorlegt: 1. *Philosophie und Soziologie* (Habermas), 2. *Soziologie*, 3. *Entwicklungspsychologie* und 4. *Kulturanthropologie*. Für die Leitung der zweiten Abteilung soll Wolfgang Schluchter, Universität Heidelberg, berufen werden, für die dritte Franz Emanuel Weinert (1930–2001), ebenfalls aus Heidelberg, die vierte Abteilung soll erst eingerichtet werden, wenn eine geeignete Besetzung gefunden ist. Das Konzept überzeugt die Kommission, die Geisteswissenschaftliche Sektion empfiehlt eine entsprechende Weiterführung des Instituts. Im März 1980 bestätigt der Senat die Schließung des Arbeitsbereichs von Weizsäcker in zweiter Lesung.

Die Max-Planck-Gesellschaft steht jedoch weiterhin unter ständiger Beobachtung von Presse und Öffentlichkeit: Der Schließungsprozess wird als forschungspolitische Grundsatzentscheidung interpretiert, der Widerstand des Betriebsrats und die Forderungen nach Weiterbeschäftigung aller Mitarbeiter werden Anlass für Kritik und politisch polemisierende Kommentare. Belastet wird der Neuanfang zudem durch Widerstände in der Universität München und der bayerischen Regierung, Jürgen Habermas zum Honorarprofessor zu ernennen und damit eine engere Verbindung zum sozialwissenschaftlichen Fachbereich herzustellen, wie sie der geplante Umzug des Instituts nach München ermöglichen soll. Auch schon bei seinem Wechsel aus Frankfurt nach Starnberg 1972 hatte die Universität Habermas eine Honorarprofessur

versagt. Er sieht sich in München unerwünscht, sieht sich außerstande, bei einem Scheitern der Max-Planck-Gesellschaft in den arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen Mitarbeiter aus dem Arbeitsbereich von Weizsäcker, die ihre Auflösungsverträge nicht anerkennen, gegen seine Überzeugung im Institut weiterbeschäftigen zu müssen, er sieht schließlich auch die personellen Planungen für das Institut mit der Ablehnung des Rufs durch Wolfgang Schluchter blockiert. Am 7. April 1981 erklärt Jürgen Habermas seinen Rücktritt.

Weinert wird die alleinige Leitung der noch verbleibenden Arbeitsbereiche des Instituts übertragen. Befragt nach seiner Einschätzung der Zukunft des Instituts, spricht er sich für die Schließung aus. Das Institut sei „in seiner inneren Mentalität zutiefst beschädigt“ und sein Ruf durch die Presseberichte derart beeinträchtigt, dass es kaum mehr gelingen werde, qualifizierte Wissenschaftler zu gewinnen; das ursprüngliche Forschungskonzept sei ohne Jürgen Habermas nicht mehr zu verwirklichen. Die Geisteswissenschaftliche Sektion empfiehlt daraufhin im Mai 1981 dem Senat die Schließung des Instituts.⁴⁴

Das Scheitern des Starnberger Instituts hat auch die Max-Planck-Gesellschaft beschädigt – jedenfalls in ihrem Ansehen als Trägerorganisation geistes- und sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung. Presse und Öffentlichkeit sahen in ihm ein „linkes“ und „politisches“ Institut: alternative Beteiligungskonzepte und eine experimentelle Arbeitsorganisation waren bereits bei seiner Gründung fest institutionalisiert, die basisdemokratische Ausgestaltung der Mitbestimmung in mehreren sich überlagernden Gremien galt als Modellversuch für eine „demokratische“ Selbstverwaltung der Forschung.⁴⁵ In den gesellschaftspolitischen Debatten der 1970er Jahre bezogen die beiden Direktoren als *political intellectuals* durchaus Position:

In den hitzigen, oft ins Ideologische abdriftenden Auseinandersetzungen zwischen den außerparlamentarischen Protestbewegungen sowie zwischen den Neuen Linken auf der einen, den neuen Konservativen und den etablierten Parteien auf der anderen Seite hatte das Starnberger Institut seinen festen Platz. Es spaltete in Befürworter und Gegner, was eine unvoreingenommene Beurteilung seiner wissenschaftlichen Leistungen erschwerte.⁴⁶

Zu den Gründen für das Scheitern des „Experiments“ gehörte am Rande jedoch auch ein Strukturproblem der Max-Planck-Gesellschaft: Die damals nahezu selbstverständliche Bindung der wissenschaftlichen Mitarbeiter an ein Institut durch unbefristete Verträge erwies sich als Hindernis sowohl für Umstrukturierungen als auch für die Berufung neuer Direktoren. Erst das Hochschulrahmengesetz von 1985 erleichterte befristete Arbeitsverhältnisse auch in der Max-Planck-Gesellschaft.⁴⁷

44 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 48–49.

45 Scholz, *Partizipation*, 2019, 152–153.

46 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 120.

47 Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 119.

III. Bewährung in Krisen: 1972–1989

Das Jahr 1972 markiert in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur.⁴⁸ Die Verabschiedung der heftig umstrittenen Satzungsreform in der Hauptversammlung in Bremen leitet Strukturveränderungen ein, die mit den neuen Mitwirkungsrechten für wissenschaftliche Mitarbeiter in Instituten und Gremien den Demokratisierungstendenzen in Staat und Gesellschaft folgen; die Festlegung einer Begrenzung der direktoralen Leitungsfunktion bereitet den Weg für eine Flexibilisierung der Handlungsmöglichkeiten der Max-Planck-Gesellschaft, die sich in der Folgezeit als unverzichtbar erweisen wird.

Der Wechsel im Präsidentenamt, das Reimar Lüst von Adolf Butenandt übernimmt, setzt zugleich ein Zeichen für einen Generationenwechsel: Mit Butenandt tritt eine Generation von Wissenschaftlern von ihren Ämtern ab, die in der Regel noch als Direktoren von Kaiser-Wilhelm-Instituten berufen worden sind und federführend am Wiederaufbau der westdeutschen Wissenschaft mitgewirkt haben. Die jüngere Generation, die ihre wissenschaftliche Laufbahn meist erst nach dem Kriegsende begonnen und vielfach prägende Erfahrungen mit einer offeneren Wissenschaftskultur im Ausland gewonnen hat, entspricht mit ihrem kollegialen Führungsstil weit besser den Erwartungen in den Instituten und in der Öffentlichkeit der veränderten Gesellschaft der 1970er und 1980er Jahre.

Gleichzeitig konfrontieren die heraufziehende Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik auch die Max-Planck-Gesellschaft mit den „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome: Nach einer Dekade zweistelliger Haushaltszuwächse unter den Vorzeichen des Wirtschaftswunders muss sie sich unvermittelt und für unüberschaubare Zeit auf einen stationären Zustand einstellen, zudem auf eine zunehmende Reglementierung im Umgang mit den staatlichen Zuwendungen, die frühere Spielräume empfindlich einschränken wird.

Um auch unter diesen Bedingungen ihre Innovationskraft mittel- und langfristig zu erhalten, muss die Max-Planck-Gesellschaft in der Lage sein, weiterhin neue Forschungsthemen aufzugreifen und in angemessener Form zu institutionalisieren. Der mit der Satzungsreform neu geschaffene Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung erweist sich mit seiner – auch international – hochrangigen Besetzung hier als ein vielfach wirksames Instrument der Steuerung und der Planung. Lüst nutzt es systematisch im Vorfeld wissenschaftlicher und wissenschaftspolitischer Entscheidungen zur Abwägung der Möglichkeiten und zur Abstimmung mit deutschen und internationalen Forschungsorganisationen – unter Einbeziehung der staatlichen Geldgeber. Bereits in seiner ersten Sitzung im Mai 1973 beginnt der Ausschuss mit Überlegungen über befristete Formen der Forschungsförderung als Alternativen zur langfristig bindenden Institutsgründung. Im Ergebnis legt er ein Konzept für „befristete Pro-

48 Hierzu ausführlich: Jaromír Balcar, Die MPG nach dem Boom (1972–1989). In: Kocka et al., *Max-Planck-Gesellschaft*, 2023.

jektgruppen der Max-Planck-Gesellschaft“ vor, das dem Modell der vom Medical Research Council in Großbritannien geschaffenen *units* folgt; 1974 findet es die Zustimmung des Senats. Projektgruppen können eingerichtet werden für Forschungsvorhaben, für die eine Initiative erforderlich, eine Institutsgründung aber zunächst ungeeignet erscheint; für Vorhaben, die eine Institutsgründung rechtfertigen würden, deren Aufgaben aber in einem begrenzten Zeitraum abgeschlossen werden können; schließlich für Projekte, die sich für die Gründung eines Max-Planck-Instituts eignen, bei denen aber wegen der noch nicht absehbaren Entwicklung des Forschungsgebietes eine Erprobungsphase zweckmäßig erscheint. Nach teilweise sehr ausführlicher Diskussion einer großen Zahl von Vorschlägen⁴⁹ beschließt der Senat noch im gleichen Jahr, dem letzten der drei Kriterien folgend, die Gründung einer Projektgruppe für Sozialrecht in München. 1976 werden die Projektgruppe für Laserforschung, ebenfalls in München, und die Projektgruppe für Psycholinguistik in Nijmegen in den Niederlanden gegründet. Nach Ablauf der vorgesehenen Förderungszeit, für die Projektgruppe für Psycholinguistik verkürzt auf drei Jahre, werden die drei Projektgruppen jeweils unter Beibehaltung ihres Standortes in Max-Planck-Institute umgewandelt. In der Folgezeit werden Projektgruppen in der Max-Planck-Gesellschaft zu einem selbstverständlichen Instrument der Forschungsförderung, genutzt vor allem für Erprobungsphasen im Vorfeld von Institutsgründungen.

In der Geisteswissenschaftlichen Sektion gelangen der Max-Planck-Gesellschaft unter den erschwerten Bedingungen der 1980er Jahre nach der Gründung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht noch zwei weitere Neugründungen: 1981 das Max-Planck-Institut für psychologische Forschung und 1984 das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Das zuvor der Biologisch-Medizinischen Sektion zugeordnete Max-Planck-Institut für Psycholinguistik gehört seit 2004 der seither umbenannten Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion ebenfalls an.

III.1 Max-Planck-Institut für Psycholinguistik

gegründet 1979 in Nijmegen, Niederlande, durch Umwandlung der 1976 eingerichteten Projektgruppe für Psycholinguistik in ein Max-Planck-Institut

Erste Anregungen zur Aufnahme von Forschungen auf dem international in frühen Entwicklungsstadien befindlichen Gebiet der Psycholinguistik⁵⁰ erreichen die Max-Planck-Gesellschaft 1973 nahezu gleichzeitig aus einer Initiative Alfred Gierers (*1929) in der Biologisch-Medizinischen Sektion und mit einem konkreten Antrag des Sprachpsychologen Hans Hörmann (1924–1983), Universität Bochum, zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Sprachpsychologie.

49 Diskutiert aber nicht realisiert wurden unter anderem Vorschläge zur Errichtung von Forschungseinrichtungen für Internationales Finanz- und Steuerrecht, Vergleichendes Privatversicherungsrecht, Musik, Anthropotechnik und Ergonomie, Familienforschung, Internationale Ökonomie, Energiesystemforschung, Betriebswirtschaftliche Grundlagenforschung sowie Strukturfragen der Politik- und Wirtschaftsverflechtung.

50 Vgl. Willem Levelt: *A History of Psycholinguistics. The Pre-Chomskyan Era*. Oxford: Oxford University Press 2013.

Der interdisziplinären und zudem sektionsübergreifenden Anlage des vorgeschlagenen Projekts entsprechend werden die Beratungen in einer gemeinsamen Kommission der Biologisch-Medizinischen und der Geisteswissenschaftlichen Sektion aufgenommen. Sie sieht in einer kontextbezogenen Erforschung der Sprache mit dem methodischen Arsenal nicht nur der Linguistik, sondern auch der Psychologie neue Möglichkeiten für grundlegende anthropologische Erkenntnisse, für die Zusammenführung von Disziplinen wie Ethnologie, Soziolinguistik, Neurobiologie und Genetik und für die Entdeckung sprachlicher Universalien. Angesichts des unbestreitbar großen innovativen Potentials des Vorhabens empfehlen 1974 sowohl die Kommission als auch beide Sektionen die Gründung eines Max-Planck-Instituts „zur Erforschung der Sprache“.

Die Suche nach einer fachkompetenten Persönlichkeit für die Position des Direktors bleibt in der Bundesrepublik ohne Erfolg. Im Ergebnis schlägt die Kommission den Psycholinguisten Willem J. M. Levelt (*1938), Professor für Experimentelle Psychologie an der Radboud-Universität in Nijmegen, für die Leitung vor. Mit Rücksicht auf die Haushaltslage beschließt der Senat 1976 zunächst die Gründung einer „Projektgruppe zur Erforschung der Sprache“, die Levelt in Nijmegen aufbauen wird.⁵¹ Die Standortentscheidung berücksichtigt sowohl die ungewöhnliche Kooperationsbereitschaft der Universität, die Levelt für drei Jahre freistellt, als auch die für das Projekt unverzichtbaren Kontakte Levelts mit den dort tätigen Sprachforschern. Die Volkswagenstiftung unterstützt den Aufbau mit einer Sachbeihilfe von 1,8 Millionen DM. Die Projektgruppe gehört beiden beteiligten Sektionen an.

Mit der Gründung des Max-Planck-Instituts für Psycholinguistik in Nijmegen setzt die Max-Planck-Gesellschaft, gegen Sitzlandhoffnungen in der Bundesrepublik, 1979 die erste Gründung eines Max-Planck-Instituts im Ausland durch. Beide Sektionen bewerben sich um das Institut, das auf Wunsch des Gründungsdirektors Levelt, als Psycholinguist verantwortlich für den Arbeitsbereich *Sprachproduktion*, zunächst der Biologisch-Medizinischen Sektion zugeordnet wird und in der Geisteswissenschaftlichen Sektion einen Gaststatus erhält. 1980 nimmt es mit 26 Mitarbeitern, davon zehn Wissenschaftlern, und zusätzlich 19 Gästen und Stipendiaten seine Arbeit auf, gegliedert in Arbeitsbereiche mit übergreifender Projektstruktur. Noch im gleichen Jahr wird der Germanist und Sprachwissenschaftler Wolfgang Klein (*1946), Frankfurt am Main, zum zweiten Direktor am Institut für den Arbeitsbereich *Spracherwerb* berufen. Sein erstes Projekt ist eine langfristige, von der Volkswagenstiftung finanzierte Studie zum Zweitsprachenerwerb ausländischer Gastarbeiter in fünf Ländern, an der 60 Wissenschaftler beteiligt sind. Langfristig angelegte Forschungsvorhaben wie dieses, weiträumig verankert in internationaler Kooperation, die Konzeption und Entwicklung neuer psycholinguistischer und neurowissenschaftlicher Methoden sowie der Aufbau von Spracharchiven und Datenbanken werden zum Charakteristika der Arbeit des Instituts. Zu der in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Universität Nijmegen bestehen engste Verbindungen, nicht zuletzt durch für die Direktoren des Instituts eingerichtete Lehrstühle.

51 Max-Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V. (Hg.): *Max-Planck-Institut für Psycholinguistik. Nijmegen*. München 2015; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 530–531; Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1396–1407.

Im folgenden Jahrzehnt wird durch die Einrichtung von zwei weiteren Arbeitsbereichen das thematische Spektrum des Gründungskonzepts vervollständigt: 1984 entsteht mit der Berufung von William Marslen-Wilson (*1945), University of Chicago, der Arbeitsbereich *Sprachverstehen*, ab 1993 geleitet von Anne Cutler (1945–2022), Medical Research Council in Cambridge/GB. Nach der Auflösung der Projektgruppe für kognitive Anthropologie der Max-Planck-Gesellschaft wird 1991 mit Stephen C. Levinson, einem ihrer beiden Leiter, eine gleichnamige Forschungsgruppe dem Institut angegliedert; sie wird zur Vorläuferin für den 1994 für Levinson geschaffenen Arbeitsbereich *Sprache und Kognition*. 2006 droht mit der Emeritierung von Willem Levelt die Schließung seines Arbeitsbereichs im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahmen der Max-Planck-Gesellschaft. Sie kann abgewendet werden durch eine Sonderfinanzierung der niederländischen Regierung, die eine Weiterführung der Arbeiten für acht Jahre sicherstellt. Als Nachfolger von Levelt wird für den Arbeitsbereich *Neurobiologie der Sprache* Peter Hagoort (*1952), Radboud-Universität Nijmegen, berufen. 2010 kommt mit dem Thema *Sprache und Genetik* ein weiterer Arbeitsbereich hinzu, für dessen Leitung Simon E. Fisher (*1970), University of Oxford, berufen wird.

Nach der Deutschen Einigung richtet die Max-Planck-Gesellschaft im Rahmen ihrer Gründungsinitiativen in den Neuen Ländern 1991 zunächst befristete Arbeitsgruppen an Universitäten ein, auf Vorschlag von Max-Planck-Instituten, die sie als Partnerinstitute betreuen. Das Nijmegener Institut übernimmt diese Aufgabe für die Arbeitsgruppe „Strukturelle Grammatik“ an der Humboldt-Universität zu Berlin; für ihren Leiter, Manfred Bierwisch (*1930), bereits 1985 aus der DDR zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts berufen, schafft die Universität zudem einen Lehrstuhl für Linguistik. In den folgenden Jahren entstehen mit den Institutsgründungen der Max-Planck-Gesellschaft in Leipzig das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie und das Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften. Sie werden für das Institut für Psycholinguistik zu natürlichen Kooperationspartnern und bilden seit 2004 mit ihm in der umbenannten Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion wenn nicht ein „Cluster“, so doch eine inter- und transdisziplinär verbundene „Familie“. Für die Geisteswissenschaften setzt das Institut in der Sektion mit dem Thema Sprache einen neuen, ergänzenden Akzent, nicht zuletzt auch mit dem Aufbau des „Internationalen Archivs bedrohter Sprachen“ in Nijmegen, der seit 2000 von der Volkswagen-Stiftung finanziert wird.

In der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und in seinem multidisziplinären fachlichen Umfeld hat das Max-Planck-Institut für Psycholinguistik international eine große Strahlkraft entfaltet. Sein Einfluss auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Universitäten und auf die Weiterentwicklung des Forschungsgebietes ist vielfach nachvollziehbar. Mit seinen Forschungen zu den psychologischen, sozialen und biologischen Grundlagen der Sprache aus anthropologischer Perspektive gilt das Institut heute als ein weltweit anerkanntes Zentrum der Sprachwissenschaft, die im Forschungsspektrum der Max-Planck-Gesellschaft mit dieser Institutsgründung ihren Platz gefunden hat.

III.2 Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung⁵² *gegründet 1981 in München*

Im Zusammenhang mit der Schließung des Starnberger Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften bittet 1981 die Geisteswissenschaftliche Sektion gemeinsam mit dem Senat Präsident Lüst, für Weinert, der 1980 den Ruf an das Institut angenommen hatte, „die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen, die (ihm) die Aufnahme seiner (Forschungs-)Arbeit ohne Verzögerung unter angemessenen Rahmenbedingungen ermöglichen“.⁵³ Mit einer Eilentscheidung des Präsidenten wird das *Max-Planck-Institut für psychologische Forschung* in München gegründet; Weinert wird Gründungsdirektor und zugleich Leiter des in Auflösung begriffenen Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften, das inzwischen nach München verlegt worden ist. Lüst versichert der Sektion, dass die Institutsgründung die Arbeit ihrer Kommission, die über die künftige Pflege der Sozialwissenschaften berät, nicht präjudizieren soll, und dankt Weinert für seine Bereitschaft, das Institut insofern als ein Provisorium zu betrachten.⁵⁴

In der Sektion ist das Institut mit der neuen Disziplin Psychologie, wenn auch in wissenschaftlicher Nähe zu dem als Gast eingebundenen MPI für Psycholinguistik, in der nächsten Dekade ein Solitär. Dem Gründungskonzept entsprechend ist es auf die drei Arbeitsbereiche Entwicklungs-, Kognitions- und Motivationsforschung angelegt. Weinert nimmt in seinem Arbeitsbereich *Entwicklungspsychologie* mit zunächst 26 Mitarbeitern, davon neun Wissenschaftler, sowie fünf Gästen und Stipendiaten seine Forschungen zur kognitiven Entwicklung und zur Verhaltensgenese auf. Für den zweiten Arbeitsbereich *Motivationspsychologie* wird 1983 als Direktor Heinz Heckhausen (1926–1988), Ruhr-Universität Bochum, an das Institut berufen. Grundlage ist ein einstimmiger Vorschlag der Geisteswissenschaftlichen Sektion, unterstützt von einer entsprechenden Teilempfehlung der Sektionskommission Sozialwissenschaften, die inzwischen konkret über die Gründung eines Max-Planck-Instituts berät.⁵⁵ Gleichzeitig empfiehlt die Sektion für Heckhausen einen Gaststatus in der Biologisch-Medizinischen Sektion, der den biologischen Komponenten der Motivationsforschung Rechnung trägt. 1985 wird Lüst's Amtsnachfolger seit dem Vorjahr, Präsident Heinz A. Staab (1926–2012), das Institut bei seiner offiziellen Eröffnung ausdrücklich als ein „zwischen Natur- und Geisteswissenschaften angesiedeltes“ Institut bezeichnen.⁵⁶

Die Auflösung des MPI für Sozialwissenschaften kann unter der Leitung von Weinert 1984 abgeschlossen werden. Jürgen Habermas, inzwischen nach Frankfurt zurückgekehrt, gehört

52 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1408–1414.

53 J. Fleckenstein an die Mitglieder und Gäste der Geisteswissenschaftlichen Sektion, 22. 9. 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1460, fol. 140.

54 Bericht des Präsidenten, Protokoll GWS vom 28. 10. 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1461, fol. 39 verso.

55 Protokoll der GWS vom 2. 11. 1982, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1464, fol. 13 verso – 14 verso.

56 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1411.

nun dem MPI für psychologische Forschung als Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied an. Im Oktober 1988 stirbt Heinz Heckhausen nach langer Krankheit. Sein früherer Tod bedeutet einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Instituts, auch wenn seine Forschungen noch bis 1993 in einer Arbeitsgruppe weitergeführt werden. Für den vorgesehenen dritten Arbeitsbereich *Kognitionspsychologie* wird 1990 Wolfgang Prinz (*1942), Universität Bielefeld, als Direktor berufen, zugleich im Hauptamt auf einen Lehrstuhl an der Universität München. Gleichzeitig beginnt für Weinert mit seiner Wahl und anschließenden Wiederwahl zum Wissenschaftlichen Vizepräsidenten für den geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich der Max-Planck-Gesellschaft eine neunjährige Amtszeit als Mitglied des Verwaltungsrats.

1993 wird im Institut mit der Berufung von Gerd Gigerenzer (*1947), University of Chicago, ein neuer Arbeitsbereich *Adaptives Verhalten und Kognition* geschaffen. 1996 folgt Gigerenzer jedoch einer Umberufung an das MPI für Bildungsforschung in Berlin; zusammen mit der bevorstehenden Emeritierung von Franz Weinert führt dies in der Sektion zu Beratungen über die Zukunft des Instituts, das 1998 vor der Maßgabe steht, angesichts der Haushaltslage der Max-Planck-Gesellschaft auf eine von zwei Nachfolgeberufungen verzichten zu müssen.⁵⁷ Gleichzeitig wird in der Biologisch-Medizinischen Sektion für das inzwischen in Leipzig gegründete *Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung* über die inhaltliche Ausrichtung einer zusätzlichen dritten Abteilung beraten. Beide Fragenkomplexe scheinen die Option einer gemeinsamen Zukunftslösung zu bieten, die in der Zusammenführung der beiden Institute in Leipzig bestehen könnte. In den Empfehlungen einer 2002 eingesetzten intersektionellen Kommission werden diese Überlegungen aufgenommen; im Ergebnis beschließt der Senat im November 2003 die Gründung des *Max-Planck-Instituts für Kognitions- und Neurowissenschaften* in Leipzig unter Zusammenlegung der beiden Institute.

Wolfgang Prinz wechselt nach Leipzig und setzt dort mit der Leitung der Abteilung *Psychologie* seine Forschungsarbeiten fort. Das Leipziger Institut gehört seit 2004 nun zur Geistes- Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion, bleibt jedoch mit der Biologisch-Medizinischen Sektion durch den Gaststatus der Direktoren verbunden. Im Rahmen der erweiterten mittelfristigen Evaluation der Max-Planck-Institute wird es mit den Max-Planck-Instituten für Psycholinguistik und für evolutionäre Anthropologie einem gemeinsamen Forschungsfeld zugeordnet, welches durchaus als Cluster bezeichnet werden könnte.

57 Protokoll der GWS vom 15. 10. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1513, fol. 12.

III.3 Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung *gegründet 1984 in Köln*

Mit dem Beschluss zur Schließung des Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, das als gescheitertes Experiment verstanden wird, und der Aufgabe seines Forschungskonzepts steht die Max-Planck-Gesellschaft 1981 vor der Notwendigkeit, ihre Bereitschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Forschung erneut deutlich zu machen.⁵⁸ Der Wissenschaftsrat hatte sich in seinen Empfehlungen zu den Sozialwissenschaften angesichts der kritischen Entwicklung des Faches in der Bundesrepublik⁵⁹ nachdrücklich für eine verstärkte Förderung insbesondere der empirischen Sozialforschung ausgesprochen; Gerüchte von Plänen zur Gründung einer „Max-Weber-Gesellschaft“ für die Sozialwissenschaften, sollten sie in der Max-Planck-Gesellschaft keinen Platz finden, könnten ernst zu nehmen sein. Vor diesem Hintergrund bildet die Geisteswissenschaftliche Sektion eine Kommission mit dem weit gefassten Auftrag, über die künftige Förderung der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft zu beraten. Ihren Vorsitz übernimmt Paul Baltes.

Anders als in den Diskussionen um Starnberg geht die Kommission in ihren Überlegungen nicht primär von Personen aus, sondern unter thematischen und forschungspolitischen Gesichtspunkten von Inhalten und Programmen. Im Blick auf eine mögliche Gründungsinitiative wendet sie sich ausdrücklich gegen eine interdisziplinäre, integrierte Lösung unter einem Dach; langfristig und aus strategischer Perspektive spreche mehr für einen „disziplinären und methodischen Pluralismus durch die Einrichtung mehrerer kleiner, miteinander korrespondierender Institute“.⁶⁰ In der Folge diskutiert sie zunächst drei Konzepte, vorgelegt von den externen Kommissionsmitgliedern Jack Goody (1919–2015), Joachim Matthes (1930–2009) und M. Rainer Lepsius (1928–2014), zu denkbaren Institutsgründungen für „kulturvergleichende Forschung“, für „vergleichende Sozialforschung“ und für „Institutionenanalyse“. In einem Zwischenbericht an die Sektion bewertet sie die drei Konzepte prinzipiell positiv. Kriterien für die neuen Institute sollten jedoch eine empirische Ausrichtung und die Konzentration auf Grundlagenforschung sein, außerdem sollte „hinreichend sachliche und personelle Kompetenz verfügbar“ sein für ein Forschungsprogramm, das in zehn bis fünfzehn Jahren umfassend bearbeitet werden könnte. Die Sektion begrüßt in der Vorgehensweise der Kommission den „Modellcharakter“ für eine langfristig ausgerichtete Forschungsplanung und sieht hier ein Planungspotential, auf das bei entsprechend vorhandenen finanziellen Mitteln zurückgegriffen werden könne.⁶¹

58 Vgl. dazu Leendertz, *Pragmatische Wende*, 2010, 87–125.

59 Ebd., ausführlich 50–86.

60 Ebd., 95.

61 Ebd., 96–97.

Im weiteren Fortgang der Beratungen lädt die Kommission zu Anhörungen auswärtiger Experten ein, die sowohl um Stellungnahmen zu den drei Institutskonzepten als auch um die Entwicklung alternativer Vorstellungen gebeten werden. Unter ihnen spricht sich Renate Mayntz (*1929), Universität zu Köln, für ein Forschungsprogramm aus, das empirisch fundierte Gesellschaftstheorie und Institutionenanalyse verbindet und mit dem Ansatz auf der Mesoebene zwischen Mikro- und Makrosoziologie vermittelt; sie entwirft das Konzept für ein Institut mit zwei Abteilungen, dessen Untersuchungen an institutionellen Komplexen und Sektoren ansetzen sollten, die Einsichten in die interne Dynamik des Zusammenwirkens von sozialem Wandel und kollektiver Steuerung erlauben. Am Ende sieht die Kommission in Abwägung der diskutierten Institutskonzepte für den Vorschlag einer kulturvergleichenden Forschung noch keine Perspektive. Sie empfiehlt der Sektion jedoch einstimmig die Gründung eines „Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Institutionenanalyse“ unter der Leitung von Renate Mayntz.⁶²

Auf dem Weg der Empfehlung durch die weiteren Gremien liegt sichtbar der Schatten von Starnberg. Noch vor der Diskussion in der Geisteswissenschaftlichen Sektion verlangt der Senatsplanungsausschuss, dass Vertreter der beiden naturwissenschaftlichen Sektionen an ihrer Sitzung teilnehmen sollen. Zudem bittet er Mayntz zu einer persönlichen Anhörung; die dort gestellten Fragen betreffen die Machbarkeit des Forschungsprogramms, die Übertragbarkeit naturwissenschaftlicher Theorien und Begriffe auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen, ferner den Vorwurf einer ideologisch verbrämten sozialwissenschaftlichen Forschung.⁶³ Der Ausschuss votiert schließlich ebenso wie der Verwaltungsrat für die Gründung des Instituts, zunächst indes nur mit einer Abteilung; gemeinsam mit Mayntz sei zu gegebener Zeit zu klären, ob eine zweite Berufung notwendig ist. Vergleichsweise problemlos verläuft demgegenüber die Debatte im Senat, der insbesondere den empirischen Charakter des Projekts begrüßt. Im Ergebnis beschließt der Senat die Gründung eines in Köln zu errichtenden *Max-Planck-Instituts für Forschungen auf dem Gebiet der Institutionenanalyse*, das seine Arbeit im April 1985 als *Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung* mit Mayntz als Gründungsdirektorin aufnimmt.⁶⁴

Das Institut ist nach seiner Konzeption auf zwei Abteilungen mit einem gemeinschaftlich getragenen Forschungsprogramm zugeschnitten. Mayntz beginnt mit den Arbeitsgebieten *Gesellschaftstheorie* und *Wissenschaft und Politik* und beantragt noch in der Aufbauphase des Gründungsjahres die Berufung von Fritz W. Scharpf (*1935), Wissenschaftszentrum Berlin, der im Rahmen des gemeinsam verantworteten Programms ihre Kompetenzen nicht verdoppeln, sondern ergänzen soll. Sektion und Senat stimmen dem Vorschlag jeweils einstimmig zu, 1986 wird Scharpf mit den Arbeitsgebieten *Politikverflechtung*, *Ökonomie und Spieltheorie* zum zweiten Direktor berufen. Diese Strukturentscheidung prägt das Institut nachhaltig. Scharpf und Mayntz leiten das Institut bis 1995 gemeinsam, ihr Forschungsprogramm umfasst die Systeme

62 Ebd., 104–109

63 Ebd., 111.

64 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 575–582.

der wissenschaftlichen Forschung, der Gesundheitsversorgung und der Telekommunikation, ab 1990 auch Querschnittfragen zu Handlungsbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten des politisch-administrativen Systems. Mit der deutschen Vereinigung gewinnt das Institut in den Umbrüchen des Wissenschaftssystems für die Max-Planck-Gesellschaft als das bislang einzige sozialwissenschaftliche Max-Planck-Institut neue Bedeutung. Renate Mayntz vertritt in der 1990 von Präsident Zacher eingesetzten „Präsidentenkommission DDR“ (später „Präsidentenkommission zur Beratung von Fragen zur künftigen Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft im vereinten Deutschland“) als einziges Mitglied die Geisteswissenschaftliche Sektion.⁶⁵ 1994 publiziert sie zwei Bücher zu den Transformationsprozessen der Wissenschaft im Einigungsprozess.⁶⁶ Scharpf ist in dieser Zeit als Sektionsvorsitzender verantwortlich für die Beiträge der Sektion zu den Gründungsinitiativen der Max-Planck-Gesellschaft in den Neuen Ländern. Beide Direktoren werden vielfach auch außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft zu Beratungen über die Neugestaltung des deutschen Wissenschaftssystems herangezogen.

Mit einer „vorgezogenen Nachfolgeberufung“ im Hinblick auf die 1997 anstehende Emeritierung von Renate Mayntz wird auf Vorschlag beider Direktoren 1995 Wolfgang Streeck (*1946), University of Wisconsin–Madison/USA, mit dem Arbeitsgebiet *Soziale Regulierungssysteme* an das Institut berufen. In den folgenden zwei Jahren wird es von drei Direktoren geleitet, eine Ausnahme in seiner Geschichte. Eingeleitet werden Veränderungen des Forschungsprogramms: Die bisherigen gegenstandsbezogenen Schwerpunkte Wissenschaft, Technik und Gesundheit werden nicht fortgeführt. In der soziologischen und politologischen Forschung ist der Globale Kapitalismus zunehmend ein zentrales Thema geworden, das im Institut nun aufgenommen wird, erweitert um die historische Dimension nationaler Entwicklungen und ergänzt durch eine verstärkte Fokussierung auf die Europäische Integration. Nicht aufgegeben wird jedoch der harte Kern des Forschungsprogramms, der Ansatz an Institutionen.

Unter dem gemeinsamen Direktorat von Wolfgang Streeck und Fritz Scharpf in den Jahren 1997 bis 2003 wächst mit der Aufgabe von Dauerstellen und der Verkürzung von Vertragszeiten die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter, ebenso wächst mit der internationalen Vernetzung des Instituts die Anzahl der Gastwissenschaftler aus europäischen Ländern und den USA. Kooperationsbeziehungen bestehen zur Kölner Universität und zu fachlich verwandten Forschungsinstituten in Deutschland, sie entwickeln sich allmählich auch innerhalb der Sektion zu den Max-Planck-Instituten für Bildungsforschung, für psychologische Forschung und für demographische Forschung sowie mit dem Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. 2003 wird Fritz Scharpf emeritiert, als sein Nachfolger wird 2005 der Wirtschaftssoziologe Jens Beckert (*1967), Georg-August-Universität Göttingen, berufen. Seine Berufung

65 Mitchell G. Ash: *Die Max–Planck–Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 74.

66 Renate Mayntz: *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994; Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994.

bedeutet eine Neuorientierung des Forschungsprogramms, die auf dem Gebiet der sozialwissenschaftlichen Erforschung der Wirtschaft neue Akzente setzt. Jens Beckert leitet das Institut gemeinsam mit Wolfgang Streeck bis zu dessen Emeritierung 2014, seit 2017 gemeinsam mit Lucio Baccaro (*1966), Universität Genf.

Es scheint, dass das Prinzip der integrierten Leitung durch zwei Direktoren unangetastet bleibt; dies ist das eine Merkmal, mit dem das Institut sich von seinem universitären Umfeld unterscheidet, das andere ist das Privileg langfristiger Forschungsprojekte, die Generationenwechsel überdauern können. Heute beschreibt das Institut sein Forschungsprogramm als anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen.

Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern.⁶⁷

Das Institut versteht sich als Brückenglied zwischen Theorie und Politik. 2020 sind im wissenschaftlichen Bereich 47 Soziologen, Politologen, Ökonomen und Historiker in international zusammengesetzten Forscherteams tätig, darunter 34 Nachwuchswissenschaftler, Postdocs und Doktoranden sowie 13 Gastwissenschaftler.⁶⁸ Hervorzuheben ist die Vielzahl internationaler Kooperationspartner wie etwa die Pariser Sciences Po, das Centro de Economía y Políticas Sociales (CEAS) in Santiago de Chile und das Department of Political Science am Massachusetts Institute of Technology (MIT).⁶⁹ Das Institut betreibt weder Auftrags- noch Ressortforschung.⁷⁰

67 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 582.

68 Vgl. dazu „Zahlen und Fakten“ auf der Website des Instituts: <https://www.mpifg.de/506306/zahlen-und-fakten>.

69 Vgl. dazu „Übersicht der internationalen Kooperationspartner des MPIfG“ auf der Website des Instituts: <https://www.mpifg.de/500361/internationale-partner-des-mpifg>

70 Ausführlich dazu Fabian Link: *Soziologie und Politologie hoch entwickelter Gegenwartsgesellschaften. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 1984–1997*. Berlin: GMPG-Preprint 2022, 61.

IV. „Aufbau Ost“: 1990–2002

Die deutsche Vereinigung stellt die Max-Planck-Gesellschaft vor Herausforderungen und Chancen in einer zuvor nie gekannten Dimension. Am 3. Juli 1990 fassen die Repräsentanten der Wissenschaftspolitik und der Wissenschaftsorganisationen aus beiden deutschen Staaten ihre gemeinsamen Beschlüsse zu einer künftigen Wissenschaftsverfassung im vereinten Deutschland in den Leitsatz:

Es wird eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland angestrebt. Sie wird eine differenzierte und an den Grundsätzen der Wissenschaftsfreiheit, des föderalen Staatsaufbaus und der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Struktur mit den Elementen aufweisen, die die Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland heute kennzeichnet.⁷¹

Am 5. Juli 1990, noch vor dem Beginn der Verhandlungen über den Einigungsvertrag, setzt Präsident Hans F. Zacher, seit elf Tagen im Amt, eine „Präsidentenkommission DDR“ ein, deren Aufgaben in ihrer späteren Bezeichnung „zur Beratung von Fragen zur künftigen Arbeit der Max-Planck-Gesellschaft im vereinten Deutschland“ ausformuliert sind.⁷² Im September 1990 legt die Kommission mit dem *Programm der MPG für Aktivitäten im vereinten Deutschland* ihre Empfehlungen vor, denen im Oktober die drei Sektionen, im November auch Senat und Verwaltungsrat zustimmen. Das Konzept definiert drei Ebenen:

- ein schon 1989 begonnenes Kooperationsprogramm, das eine informelle Zusammenarbeit von Max-Planck-Instituten mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ermöglicht;
- auf Vorschlag von Max-Planck-Instituten und institutionell an sie angebunden sollen an ostdeutschen Universitäten befristete Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft eingerichtet werden, geleitet von Forschern aus der DDR und angelegt auf eine Integration in die gastgebende Universität;
- die Gründung von Max-Planck-Instituten – oder, als Vorstufe von Instituten, von Projektgruppen – in den neuen Bundesländern, auf der Grundlage eigener Planungen sowie unter Berücksichtigung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Unmittelbar anschließend an die Konzeption des Programms leitet Präsident Zacher eine gestaffelte Umsetzung ein: er bittet alle Wissenschaftlichen Mitglieder um Vorschläge sowohl für Arbeitsgruppen an Universitäten als auch für Institutsgründungen in den neuen Ländern. Über die in großer Zahl vorgelegten Vorschläge und Konzepte nehmen die Sektionen im Oktober 1990 Beratungen zur Einrichtung von Arbeitsgruppen und zur Besetzung ihrer Leitungs-

71 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003, 6.

72 Hierzu und zum Folgenden vgl. auch Ash, *MPG im Kontext*, 2020, 49–157.

positionen auf, zudem bilden sie nach dem für Institutsgründungen vorgegebenen Verfahren Kommissionen für die Diskussion von Gründungskonzepten, die zuvor von der Präsidentenkommission zur näheren Prüfung ausgewählt worden sind. Im März 1991 beschließt der Senat die Einrichtung der ersten Arbeitsgruppen. Begonnen wird mit dem Aufbau von 28 Arbeitsgruppen, erschwert durch die Umstrukturierung und Neuorientierung der Universitäten und durch die Verzögerung der Hochschulgesetzgebung in den Neuen Ländern. Im Ergebnis können 1992 an sieben Universitäten 26 Arbeitsgruppen und eine Forschungsstelle der Max-Planck-Gesellschaft eingerichtet werden; drei Arbeitsgruppen sind initiiert von Instituten der Geisteswissenschaftlichen Sektion.

Zur Beratung von Institutskonzepten in der Geisteswissenschaftlichen Sektion⁷³ hatte die Präsidentenkommission unter acht Vorschlägen auszuwählen; nicht ausgewählt werden Konzepte zu den Themen *Schrift und Schriftlichkeit* und *Bevölkerungswissenschaft*, ein Vorschlag zum Thema *Umweltrecht* von Präsident Zacher wird zunächst zurückgestellt.⁷⁴ Im Ergebnis weist sie der Sektion 1990 drei Gründungsvorschläge zu: für ein *Max-Planck-Institut auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften*, vorgeschlagen von den Rechtswissenschaftlern Zacher und Ernst Joachim Mestmäcker (*1926); für eine *Projektgruppe für neuropsychologische Forschung*, vorgeschlagen von Willem Levelt, Wolfgang Prinz und dem Hirnforscher Wolf Singer (*1943), sowie für ein *Max-Planck-Institut für europäische Integration*, vorgeschlagen von Renate Mayntz und Fritz Scharpf. Zu den drei Vorschlägen setzt die Sektion Gründungskommissionen ein, für das neurowissenschaftliche Vorhaben gemeinsam mit der Biologisch-Medizinischen Sektion. Die beiden ersten Kommissionen erreichen 1992 und 1993 ihr Ziel eines Gründungsbeschlusses, die dritte scheidet an der Frage der personellen Realisierbarkeit und gibt ihr Mandat zurück.

Im weiteren Verlauf sind zusätzlich die Empfehlungen zu berücksichtigen, die der Wissenschaftsrat 1991 im Ergebnis der Evaluation der Akademie der Wissenschaften der DDR vorgelegt hat, darunter die Empfehlung zur Errichtung von *Geisteswissenschaftlichen Zentren*, die die Max-Planck-Gesellschaft vor nicht zuletzt strukturelle Probleme stellt. Mit dem Ziel einer universitätsnahen Umsetzung der Empfehlung wird eine Präsidentenkommission „Geisteswissenschaften“ gebildet, die sich unter dem Vorsitz von Vizepräsident Weinert in mehrjährigen Beratungen um angemessene Lösungen bemüht.⁷⁵ In den Konzepten für zwei dieser sieben Zentren sieht die Geisteswissenschaftliche Sektion jedoch auch Ansatzpunkte für potentielle Instituts-

73 Protokoll der GWS vom 16. 10. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1488, fol. 1–20 bis zum 18. 10. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 245–252 verso.

74 Die späteren Beratungen in der Sektion führen 1996 zur Einrichtung einer Projektgruppe „Recht der Gemeinschaftsgüter“ in Bonn, 2003 am selben Standort zur Gründung des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Die rechtswissenschaftlichen Institute der MPG sind Teil der GSHS, sie werden jedoch in Kap. III des GMPG-Synthesebandes gesondert behandelt und deshalb hier nicht in die Betrachtung einbezogen.

75 Die sieben geisteswissenschaftlichen Schwerpunkte aus der Akademie der Wissenschaften der DDR werden von der MPG betreut, die hierzu 1991 eine *Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH* gründet. Zum 1. Januar 1996 werden sechs von ihnen in Geisteswissenschaftliche Zentren überführt, deren Trägerschaft die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen übernehmen. Der Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und -theorie wird wegen der Gründung des MPI für Wissenschaftsgeschichte hier nicht einbezogen.

gründungen nach den Kriterien, die die Max-Planck-Gesellschaft mit den Stichworten „Grundlagenforschung, Innovation und Subsidiarität gegenüber der Universität“ zur Voraussetzung macht. Eingesetzt werden zwei Kommissionen für *Wissenschaftsgeschichte* und für *Europäische Aufklärung*, die 1992 ihre Beratungen aufnehmen. Ihre Empfehlungen führen im ersten Fall 1994 zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte; im zweiten Fall scheitert erneut ein allseits überzeugendes Institutskonzept an der nicht realisierbaren personellen Besetzung.

Nach dem gleichen Verfahrensmuster beraten die drei Sektionen über weitere Gründungskonzepte, die aus ihren eigenen Planungsüberlegungen oder durch individuelle Initiativen aus ihrer Mitte entstehen. Im November 1993 verabschiedet der Senat *Leitlinien* zur Bildung einer einheitlichen deutschen Forschungslandschaft, nach denen bis zum Ende des Jahrzehnts in den Neuen Ländern zwischen 15 und 20 Max-Planck-Institute errichtet werden sollen.⁷⁶ Als Gegenleistung für den erforderlichen Etatzuwachs und als Beitrag zum Föderalen Konsolidierungsprogramm verlangen die Finanzierungsträger die Streichung von Planstellen in den alten Bundesländern; mit der Abgabe von 740 Stellen bis zum Jahr 2000 wird sich der Personalstellenbestand der Max-Planck-Gesellschaft dort um 11,25 Prozent reduzieren, vier Institute und ein Teilinstitut müssen geschlossen werden. Gleichzeitig werden bis 1998 im neuen Bundesgebiet sechzehn neue Max-Planck-Institute, ein Teilinstitut und eine Max-Planck-Forschungsstelle gegründet. Für alle Institute werden im Laufe der Jahre eigene, der Forschungsrichtung entsprechend ausgestattete Neubauten errichtet. Sechs Institute, deren Kurzbiographien hier folgen, sind heute der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion zugeordnet. Nicht im eigentlichen Sinne als Neugründung kann demgegenüber das 2002 von der Max-Planck-Gesellschaft übernommene *Kunsthistorische Institut in Florenz – Max-Planck-Institut* gelten, das deshalb hier nicht in die Betrachtung einbezogen wird.

IV.1 Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen

1992 gegründet in Jena, 2005 umbenannt in Max-Planck-Institut für Ökonomik, 2014 umgewidmet und umbenannt in Max-Planck-Institut für Geschichte und Naturwissenschaften sowie erneut in Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte, 2022 wiederum umgewidmet und umbenannt in Max-Planck-Institut für Geoanthropologie

Die Geisteswissenschaftliche Sektion bildet 1991 eine Kommission zur Beratung des von Mestmäcker vorgelegten Gründungskonzepts „für ein wirtschaftswissenschaftliches Max-Planck-Institut“, das vor dem Hintergrund des Übergangs vom Sozialismus zu marktorientierten Wirtschaftsformen in Osteuropa der Erforschung von Transformationsprozessen wirtschaftlicher

⁷⁶ Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 676–677. Brief Präsident Zacher an die Vorsitzenden der Sektionen des Wissenschaftlichen Rates vom 6. 9. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 16–19.

Systeme gewidmet sein soll.⁷⁷ Als Standort ist zunächst Dresden vorgesehen, später wird für Jena entschieden. Das Institut ist auf drei thematisch korrespondierende Arbeitsbereiche ohne Abteilungsgliederung angelegt, entsprechend ergehen auf Empfehlung der Kommission 1991 Rufe an die Professoren Alfred Schüller (*1937), Philipps-Universität Marburg, Hans-Werner Sinn (*1948), Ludwig-Maximilians-Universität München, und Manfred E. Streit (1939–2017), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ihre jeweiligen Forschungskompetenzen liegen auf den Schwerpunkten *vergleichende Systemforschung*, *Wirtschaftstheorie* und *Wirtschaftspolitik*. Sie erarbeiten ein gemeinsames Papier für ein Arbeitskonzept des Instituts. 1993 lehnen Schüller und Sinn ihre Rufe jedoch ab, teils aus fachlichen und standortbezogenen, teils aus persönlichen Gründen; auch Bleibeverhandlungen am alten Standort spielen eine Rolle. Dass dies kein Einzelfall ist, wird deutlich, wenn Präsident Zacher allgemein aus Berufungsverhandlungen für die neuen Institute berichtet, dass die oft maximalen Erwartungen der Kandidaten an die neuen Standorte kaum befriedigt werden können.

Nur Streit nimmt 1992 den Ruf an, beginnt mit den ersten Mitarbeitern den Aufbau des Instituts, zunächst in angemieteten Räumen, jedoch mit der Zusage eines Neubaus, der 1997 fertiggestellt sein wird. Erste Schriftenreihen des Instituts werden begründet, eine davon in Zusammenarbeit mit der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena. 1994 wird auf Streits Vorschlag als zweiter Direktor Ulrich Witt (*1946), ebenfalls von der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg, an das Institut berufen; die Kommission hebt den innovativen Ansatz seines Forschungsgebiets *evolutorische Ökonomik* hervor: Der Ansatz sei originell, wenn auch nicht ohne Risiken. Im Rückblick auf das Gründungskonzept des Instituts stellt sie zugleich fest, dass es sich als zunehmend schwierig erweise, für das Thema *Ökonomische Transformation* geeignete Personen zu gewinnen.

Die zwei Jahre später eingesetzte Kommission, die über die Berufung des vorgesehen dritten Direktors beraten soll, erwägt nunmehr eine Ergänzung der beiden Arbeitsbereiche des Instituts um die Wirtschaftsgeschichte. Sie muss ihre Beratungen jedoch unterbrechen, als Streit im November 1997 so schwer erkrankt, dass lange nicht absehbar ist, ob er in der Lage sein wird sein Amt weiterzuführen. Als dies 1999 ausgeschlossen erscheint – alle Mitarbeiter Streits haben inzwischen das Institut verlassen –, bittet der Präsident um die Bildung einer Stammkommission mit dem Auftrag, sowohl über die Berufung eines dritten Direktors als auch über eine vorgezogene Nachfolgeberufung für Streit zu beraten. Auf der Suche nach einem „Konzept, das dem Institut erlaubt, aus sich heraus eine kritische Masse zu generieren, sich selbst zu tragen und für geeignete Forscherpersönlichkeiten attraktiv zu sein,“⁷⁸ bemüht sich die Kommission, in einer Anhörung des Instituts und auf der Grundlage seiner Namensvorschläge Kandidaten für die beiden Direktorenpositionen ausfindig zu machen. Als das misslingt, wird das für die Max-Planck-Gesellschaft ungewöhnliche Verfahren einer Ausschreibung beschlossen. In

77 Siehe Sitzungsprotokolle der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 5. 6. 1991 bis zum 12. 6. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1490–1524. Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1663–1667.

78 Protokoll der GWS vom 10. 2. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1517, fol. 22.

deren Ergebnis werden 2001 der Spieltheoretiker und Verhaltensökonom Werner Güth (*1944), Humboldt Universität zu Berlin, bekannt unter anderem durch das von ihm erfundene „Ultimatumspiel“, für die Abteilung *Strategische Interaktion* sowie 2002 David B. Audretsch (*1954), Indiana University Bloomington, für die Forschungsschwerpunkte *Unternehmertum, Wachstum und Public Policy* an das Institut berufen. Die Gründungsvorstellungen, nach denen das Institut die Prozesse des Systemwandels vom Sozialismus zur Marktwirtschaft vor allem im Fokus auf die früheren sozialistischen Länder untersuchen sollte, sind damit weitgehend aufgegeben; übergreifendes Thema der Forschung ist nunmehr, allgemeiner und zunächst unspezifisch, die Frage nach den Antriebskräften und Gesetzmäßigkeiten des Wandels in modernen Volkswirtschaften.

Es folgt die kurze Geschichte eines Instituts im Wandel. 2005 beschließt der Senat, der neuen wissenschaftlichen Orientierung entsprechend, die Umbenennung des Instituts in *Max-Planck-Institut für Ökonomik*. Unter den Direktoren Audretsch, Güth und Witt sind 60 Mitarbeiter beschäftigt, darunter 22 Wissenschaftler und 15 Nachwuchswissenschaftler. In den folgenden Jahren beteiligt sich das Institut an einem Graduate College und einer Graduate School der Universität Jena sowie an der *International Max Planck Research School on Adapting Behaviour in a Fundamentally Uncertain World*, die 2007 gemeinsam mit dem MPI für Bildungsforschung, dem MPI zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und mit der Universität Jena eingerichtet wird. Es beteiligt sich an EU-Projekten und unterhält internationale Kooperationen. 2009 kehrt jedoch Audretsch in die USA zurück, 2013 stehen Ulrich Witt und ein Jahr später Werner Güth vor ihrer Emeritierung.

In der Geisteswissenschaftlichen Sektion beginnen Beratungen über eine grundlegende wissenschaftliche Neuausrichtung des Instituts. Im März 2014 beschließt der Senat seine Umbenennung mit sofortiger Wirkung in *Max-Planck-Institut für Geschichte und Naturwissenschaften*, der im November des gleichen Jahres die Umbenennung in *Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte* folgt. Als Forschungsaufgabe wird die „Entwicklung und Anwendung neuer naturwissenschaftlicher Methoden mit dem Ziel einer integrierten Wissenschaft der Menschheitsgeschichte“ definiert.⁷⁹ Als Gründungsdirektoren werden berufen der Biochemiker Johannes Krause (*1980), Eberhard Karls Universität Tübingen, für die Abteilung *Archäogenetik* sowie der Evolutionsbiologe und Psychologe Russell Gray (*1960), University of Auckland, für die Abteilung *Sprache und Kulturevolution*. Als dritte Direktorin übernimmt 2015 die Archäologin Nicole Boivin (*1970), University of Oxford, die Leitung der Abteilung *Archäologie*.

Fünf Jahre später stellt sich die Frage der wissenschaftlichen Ausrichtung des Instituts erneut. Krause und Gray sind 2020 an das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig umberufen worden und mit ihren Abteilungen dorthin umgezogen. Nicole Boivin wird im

79 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1136.

Oktober 2021 die Leitungsfunktion für die Abteilung Archäologie entzogen.⁸⁰ Die kommissarische Leitung des Instituts übernehmen Jonathan Gershenzon (*1955) vom Jenaer *Max-Planck-Institut für chemische Ökologie* und Ulman Lindenberger vom MPI für Bildungsforschung.⁸¹ In einer Presse-Mitteilung des Instituts vom 16. Juni 2020 wird für die kommenden Jahre eine Umstrukturierung der beiden „Schwesterinstitute“ in Leipzig und Jena angekündigt, die in Jena, aufbauend auf dem dort weiterbestehenden Forschungsbereich *Archäologie*, mit der Berufung neuer Direktoren beginnen soll. Im Juni 2022 beschließt der Senat der Max-Planck-Gesellschaft, das Institut im Zuge einer umfassenden wissenschaftlichen Neuausrichtung in *Max-Planck-Institut für Geoanthropologie* umzubenennen. Grundlage ist ein maßgeblich von Jürgen Renn entwickeltes Forschungskonzept, das nach zweijährigen Beratungen in einer intersektionalen Stammkommission in allen drei Sektionen Zustimmung findet. Zu dessen Umsetzung wird Renn auch als Direktor an dieses Institut bestellt.⁸²

Dass hier ein Versuch der Max-Planck-Gesellschaft, unter ihrer Ägide ein Forschungsinstitut auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften zu gründen,⁸³ als gescheitert gelten muss, wirft Fragen nach den Gründen auf. Nur wenige lassen sich im Blick auf die Konflikte und Brüche in der Entwicklung des Jenaer Instituts unmittelbar erschließen, so etwa die schwere Erkrankung des Gründungsdirektors bereits 1997, zu früh in der Aufbauphase des Instituts und in ihren Konsequenzen zu lange nicht absehbar; die Inkohärenz der Forschungsrichtungen der ersten beiden Direktoren, die erneut und verstärkt auf der Direktorebene 2005 sichtbar wird; die nur zögernd entwickelte Kooperation mit der Universität Jena, die zwar Honorarprofessuren für Streit und Witt einrichtet, gleichzeitig aber die Volkswirtschaft zugunsten der Betriebswirtschaft um der Studentenzahlen willen aufgibt.

Andere Begründungen ließen sich vielleicht erschließen aus dem Blick auf das fachliche Umfeld in der Bundesrepublik: Die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute in Berlin, München, Kiel, Halle und Essen konkurrieren mit zehn weiteren, zum Teil spezialisierten außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstituten in den Ländern, daneben bilden unzählige ökonomische Fakultäten an den Universitäten Studenten aus. Ist das disziplinär schmal angelegte Max-Planck-Institut in Jena – mit nur dem einen durchgehend von Anfang bis Ende amtierenden Direktor Witt und mit über die Jahre gleichbleibend maximal 60 Mitarbeitern – im Vergleich zu klein, um aus sich heraus eine kritische Masse zu generieren und stetig zu wachsen? Ist es deshalb auch zu unattraktiv für den auf eigenständige Forschung ausgerichteten wissenschaftlichen Nachwuchs, der sich an anderen Max-Planck-Instituten in Nachwuchs- und Forschungsgruppen versammelt, wie es sie hier bis zum Ende nicht gibt? Ist es zu wenig attraktiv

80 www.faz.net/aktuell/wissen/archaeologie-altertum/Institut-im-nebel-17631078.html

81 www.mpg.de/9347744/menschheitsgeschichte

82 www.mpg.de/18858245/umbenennung-des-mpi-fuer-menschheitsgeschichte.

83 Es ist der erste konkretisierte Versuch der MPG, dem jedoch mehrfach Überlegungen zur Gründung wirtschaftswissenschaftlicher Max-Planck-Institute vorausgingen, ohne weiter verfolgt zu werden. Siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1665.

auch für Forscherpersönlichkeiten, wie sie die Max-Planck-Gesellschaft sich als Direktoren wünscht? War schließlich das Gründungskonzept in seiner auf den politischen und wirtschaftlichen Systemwandel in Osteuropa gerichteten Thematik allzu zeitbedingt?

IV.2 Max-Planck-Institut für neuropsychologische Forschung

gegründet 1993 in Leipzig, 2004 zusammengelegt mit dem 1981 in München gegründeten Max-Planck-Institut für psychologische Forschung zum Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig

Die Gründung des *Max-Planck-Instituts für neuropsychologische Forschung* in Leipzig⁸⁴ geht zurück auf das oben erwähnte, von den Direktoren Levelt, Prinz und Singer 1990 vorgelegte Konzept für interdisziplinäre Forschungen auf dem Gebiet der klinischen Neuropsychologie, in dem klinische Neurologie und experimentelle Kognitionspsychologie zusammengeführt werden. Beratungen in einer gemeinsamen Kommission der Biologisch-Medizinischen und der Geisteswissenschaftlichen Sektion, die das hohe Innovationspotential der noch jungen Disziplin hervorheben, führen zu übereinstimmenden Empfehlungen beider Sektionen und 1993 zu dem Gründungsbeschluss des Senats. Das Institut wird der Biologisch-Medizinischen Sektion zugeordnet. Die Struktur des Instituts ist ungewöhnlich: auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags mit der Universität Leipzig leitet einer der beiden Institutsdirektoren, der Neurologe Yves von Cramon (*1941), gleichzeitig als Chefarzt eine Tagesklinik für kognitive Neurologie in der Medizinischen Fakultät, die dem Institut für den Arbeitsbereich *Neurologie* den unerlässlichen Zugang zu chronisch hirngeschädigten Patienten eröffnet. In dem zweiten, von der Neuropsychologin Angela D. Friederici (*1952) geleiteten Arbeitsbereich *Neuropsychologie* werden die komplexen mentalen Fähigkeiten des menschlichen Gehirns sowohl bei gesunden Erwachsenen als auch in ihrer Entwicklung über die Lebensspanne untersucht, unterstützt durch die hochauflösenden Methoden der funktionellen Magnetresonanztomographie (fMRT). Da die Messungen der hochempfindlichen Geräte am Institutsstandort durch die Stadtgeräusche gestört werden, wird 1998 im eine Autostunde entfernten Bennewitz eine Außenstelle für die Magnetencephalographen (MEG) errichtet. Die Kooperation mit der Universität Leipzig ist intensiv: 1997 gründen MPI und Universität gemeinsam ein *Zentrum für Kognitionswissenschaften* sowie ein *Interdisziplinäres Zentrum für Klinische Forschung*.

2004 beschließt die Max-Planck-Gesellschaft, das weiterhin explizit neurowissenschaftlich orientierte Leipziger Institut mit dem etwa gleich großen – beide Einrichtungen beschäftigen etwa 120 Mitarbeiter – Münchner *Max-Planck-Institut für psychologische Forschung* (s. S. 28) am Standort Leipzig zusammenzulegen. Sie trägt damit der weltweit beobachteten Tendenz Rechnung, neurowissenschaftliche und psychologische Forschung näher zusammenzuführen. Unter dem neuen Namen *Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften* entsteht

84 Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1114–1119.

durch die Fusion ein neues Zentrum für die Erforschung von kognitiven und Gehirnprozessen beim Menschen, das inhaltliche Forschung und technologische Entwicklung verbindet. Gegenstand der Forschung sind die neuronalen Grundlagen von höheren Hirnfunktionen wie Sprache, Emotionen und Sozialverhalten, Musik und Handlung; gleiche Bedeutung hat daneben die ständige Weiterentwicklung der bildgebenden Verfahren für die neurowissenschaftliche Forschung. Mit der Übersiedlung des Münchner Instituts, die 2006 abgeschlossen ist, kommt zu den beiden von Friederici und Cramon geleiteten Abteilungen für Neuropsychologie und kognitive Neurologie mit Wolfgang Prinz eine überwiegend verhaltenswissenschaftlich orientierte Abteilung für *Psychologie* hinzu. Ursprünglich der Biologisch-Medizinischen Sektion zugeordnet, wechselt das Institut 2005 im Rahmen der „Erweiterten Mittelfristigen Evaluation“ der Max-Planck-Gesellschaft zusammen mit den Max-Planck-Instituten für evolutionäre Anthropologie und für Psycholinguistik in die Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion.

Heute setzt das Institut seine Arbeit in Leipzig mit den vier Abteilungen *Neuropsychologie*, *Neurologie*, *Neurophysik* und *Psychologie*, einer Klinik für kognitive Neurologie und zehn selbständigen Forschungsgruppen fort. Der Personalbestand hat sich auf 350 Mitarbeiter erweitert; weitergeführt und intensiviert wurde die technologische Entwicklung, die instrumentelle Ausstattung entspricht höchstem internationalen Standard. Am Institut arbeiten Physiker, Philologen, Biologen, Linguisten, Psychologen, Mathematiker, Informatiker und Mediziner – ein Hinweis auf den ausgeprägt interdisziplinären Anspruch, an dem das Institut seine Forschung ausrichtet.

IV.3 Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte *gegründet 1994 in Berlin*

Die Vorgeschichte der Institutsgründung beginnt in der Max-Planck-Gesellschaft 1991 mit der Empfehlung des Wissenschaftsrats, die Max-Planck-Gesellschaft möge aus dem geisteswissenschaftlichen Forschungsbereich der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR sieben Forschungsgruppen als Geisteswissenschaftliche Zentren „übernehmen“. Die Max-Planck-Gesellschaft folgt dieser Empfehlung nur indirekt durch die Einrichtung einer GmbH in ihrer Trägerschaft, um für die Mitarbeiter der Forschungsgruppen, deren bisherige Verträge zum Jahresende 1991 auslaufen, zumindest vorläufige Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. 1992 werden hierzu sieben „Forschungsschwerpunkte“ eingerichtet, jeweils mit einer kommissarischen wissenschaftlichen Leitung, einem internen Koordinator und einem wissenschaftlichen Beirat.⁸⁵ Eine Präsidentenkommission „Geisteswissenschaften“ unter dem Vorsitz von Vizepräsident Weinert übernimmt die wissenschaftliche Betreuung der Forschungsgruppen, sieht sich aber

85 Protokoll der GWS vom 7. 2. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492, fol. 6–8.

zugleich verantwortlich für ihre Zukunft, für die sie das Konzept einer universitätsnahen Institutionalisierung in der Trägerschaft der jeweiligen Sitzländer entwirft.

1995 ist das Verfahren zur Gründung von sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren, drei in Berlin, zwei in Brandenburg und eines in Sachsen, weitgehend abgeschlossen. Die Sitzländer haben Trägervereine gegründet; für die Grundausrüstung der Zentren ist jeweils ein Betrag zwischen 1,3 und 1,9 Millionen DM vorgesehen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat für die folgenden zwei Jahre 20 Millionen DM bewilligt. Von den 140 Mitarbeitern der bisherigen Forschungsschwerpunkte, so der abschließende Bericht von Weinert vor der Sektion⁸⁶, wurden 101 in die Zentren übernommen, 21 wurden in andere Einrichtungen (darunter auch das inzwischen gegründete MPI für Wissenschaftsgeschichte) integriert, 5 sind in Pension gegangen, für 13 Mitarbeiter hat sich keine Lösung gefunden.

Der siebte Forschungsschwerpunkt mit dem Thema „Wissenschaftsgeschichte und -theorie“, befristet auf drei Jahre, hat indessen 1992 in Berlin unter der kommissarischen Leitung des Wissenschaftshistorikers und -philosophen Lorenz Krüger (1932–1994) seine Arbeit aufgenommen.⁸⁷ Gleichzeitig prüft in der Geisteswissenschaftlichen Sektion eine Kommission „Neue Initiativen in geisteswissenschaftlichen Themenbereichen“, ob aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Geisteswissenschaftlichen Zentren eigene Gründungsinitiativen der Max-Planck-Gesellschaft entstehen könnten. Sie empfiehlt, zu den Themen der Forschungsschwerpunkte „Geschichte der europäischen Aufklärung“ und „Wissenschaftsgeschichte“ entsprechende Beratungen aufzunehmen; Subsidiarität sei dabei nicht nur gegenüber den Universitäten, sondern auch gegenüber den lockerer organisierten Zentren zu beachten. Ein erhebliches Forschungsdefizit sehe sie in Deutschland vor allem im Bereich der Wissenschaftsgeschichte.

Für das Thema Wissenschaftsgeschichte setzt die Sektion eine zunächst MPG-interne, mit den Direktoren Alfred Gierer (*1929), MPI für Entwicklungsbiologie, und Hans-Arwed Weidenmüller (*1933), MPI für Kernphysik, auch die beiden naturwissenschaftlichen Sektionen einschließende Kommission ein, die mit einer Exploration des Forschungsfeldes unter Heranziehung auswärtiger Experten beginnt: Für eine Institutsgründung wäre nur ein systematisch-theoretischer, kulturgeschichtlich angeleiteter Forschungsansatz denkbar, der gerade auch die „Bruchstellen“ zwischen Geistes- und Naturwissenschaften zum Gegenstand haben könnte; eine rein historiographische oder wissenschaftstheoretische Ausrichtung sollte vermieden werden. Die Kommission zieht im weiteren Verlauf ihrer Beratungen Lorenz Krüger als externes Mitglied hinzu und verwandelt sich schließlich zuerst in eine Gründungs- und dann in eine Berufungskommission. Grundlage ihrer Gründungsempfehlung an Sektion und Senat ist ein von Krüger formuliertes Forschungskonzept für ein Institut, das Wissenschaftsgeschichte in theoretischer Absicht betreibt, mit einem Natur- und Kulturwissenschaften integrierenden Ansatz und unter

86 Protokoll der GWS vom 19. 10. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1504, fol. 20–21.

87 Zum Folgenden Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 2, 1668–1676.

dem Leitgedanken der historischen Epistemologie. Eine so konzipierte, nicht auf Ideengeschichte und nicht auf disziplinär begrenzte Forschungsbereiche, nicht auf Wissenschaftsethik und nicht auf Wissenschaftstheorie ausgerichtete Wissenschaftsgeschichte sei ein neues, an den Universitäten nur schwach verankertes Forschungsgebiet, zu dessen längerfristiger Etablierung in Deutschland die Institutsgründung beitragen sollte.⁸⁸

Die Gründung des Max-Planck-Instituts 1994 ermöglicht zugleich eine Weiterführung des bis 1995 auslaufenden Forschungsschwerpunkts „Wissenschaftsgeschichte und -theorie“, aus dem mehrere Mitarbeiter in das Institut übernommen werden. Als Gründungsdirektoren werden Lorraine Daston (*1951), Chicago, USA, für die Abteilung *Ideale und Praktiken der Rationalität*, Lorenz Krüger für die Abteilung *Wissenschaftsforschung* und Jürgen Renn für die Abteilung *Strukturwandel von Wissenssystemen* berufen. Das Institut kooperiert mit der am MPI für Bildungsforschung von Renn geleiteten Arbeitsstelle „Albert Einstein“ sowie mit den *Einstein Collected Papers* in Boston, deren Herausgeber John Stachel (*1928) in der Gründungsphase als Gastforscher am Institut tätig ist. Ein erster, früher Bruch in der Entwicklung des Instituts entsteht 1994 aus dem Tod des designierten Gründungsdirektors Krüger, der den Aufbau des Instituts entscheidend geprägt hat. Erst zwei Jahre später wird der Wissenschaftshistoriker und Molekularbiologe Hans-Jörg Rheinberger (*1946) als dritter Direktor berufen, der mit seinem Thema *Experimentalsysteme und Räume des Wissens* die Forschungsansätze des Instituts ergänzt. 2011 wird Rheinberger die Leitung seiner Abteilung aufgeben, bleibt aber Mitglied des Kollegiums; 2013 wird in seiner Nachfolge die Sinologin Dagmar Schäfer (*1968), University of Manchester, mit den Arbeitsthemen *Artefakte, Handeln und Wissen* an das Institut berufen. Nach der Emeritierung von Lorraine Daston 2019 übernimmt Etienne S. Benson, University of Pennsylvania, ihre Nachfolge am Institut mit den Forschungsschwerpunkten *Knowledge Systems and Collective Life*.

Das zunächst in angemieteten Räumen untergebrachte Institut wächst rasch und kontinuierlich, die Zahl von 23 Mitarbeitern im ersten Jahr hat sich bereits bei seiner offiziellen Eröffnung 1995 auf das Vierfache vergrößert. Nach der vorläufigen Unterbringung im ersten Jahrzehnt in den Räumen der ehemaligen Tschechischen Botschaft in Berlin-Mitte kann 2006 ein Neubau in Berlin-Dahlem bezogen werden, der 2009 noch erweitert wird. Heute, bald drei Jahrzehnte nach der Gründung, sind im Wechsel der Jahre zwischen 200 und 300 Personen am Institut tätig, darunter ständig etwa 175 Wissenschaftler aller Karrierestufen mit unterschiedlicher Finanzierung und unterschiedlicher Verweildauer.⁸⁹ Das Institut ist wissenschaftlich eng und vielfach vernetzt, es ist national – insbesondere in Berlin mit den drei Universitäten – und international mit einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen durch wechselnde Kooperationsprojekte verbunden. Vereinzelt Kooperationen verbinden es auch mit den fachlich benachbarten historisch orientierten Max-Planck-Instituten, wie etwa den kunsthistorischen Instituten in Rom und Florenz. In der Sektion ist es in seiner genuin interdisziplinären Anlage zwar kein Solitär,

88 Protokoll der GWS vom 7. 2. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1492, fol. 7–8; Protokoll der GWS vom 13. 5. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1493, fol. 12–13; Protokoll der GWS vom 3. 2. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1496, fol. 15–16.

89 Hier und im Folgenden siehe www.mpiwg-berlin.mpg.de

einzigartig dürfte aber die nahezu regelhafte fachliche Doppelqualifikation der Wissenschaftler sein, die in ihren Abteilungen und Forschungsgruppen tätig sind. In den Lebensläufen ist sie typischerweise abgebildet durch erste, meist naturwissenschaftliche Studiengänge, Diplome und Promotionen; erworben wurde dort das entsprechende methodische Rüstzeug, experimentelle Erfahrung, analytische Kompetenz und fachliche Expertise – notwendige Voraussetzungen für eine kontextbezogene, auf grundlegende Fragen der Wissensgeschichte gerichtete Forschung, wie sie das Berliner Institut verfolgt.

IV.4 Max-Planck-Institut für demografische Forschung *gegründet 1995 in Rostock*

Die Geisteswissenschaftliche Sektion unternimmt 1993 ihren ersten Versuch einer „Perspektivendiskussion“, wie sie die beiden naturwissenschaftlichen Sektionen bereits begonnen haben. Ziel ist die Erkundung von Forschungsfeldern, die in der Max-Planck-Gesellschaft, aber nicht nur dort, bisher nicht oder nicht hinreichend entwickelt scheinen und die für eine Erweiterung des Themenspektrums der Sektion geeignet sein könnten. Hinzu kommt die der Max-Planck-Gesellschaft eröffnete Option, in den Neuen Ländern zusätzlich zu den dort bereits gegründeten oder in Gründung befindlichen Instituten für die kommenden Jahre bis zu acht weitere Institutsgründungen vorzusehen – bis zu vier davon wären denkbar im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Der Präsident bittet die Sektion um Vorschläge und Priorisierungen, vorgelegt werden zehn Konzeptskizzen. Zur weiteren Konkretisierung werden die Themen *Ethnologie*, *Kognitionspsychologie*, *Medizinrecht* und *Recht der Gemeinschaftsgüter* ausgewählt sowie Karl Ulrich Mayers „Vorüberlegungen zur Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Demographische Forschung“, denen die Sektion die höchste Priorität zuerkennt.

In seinem Memorandum⁹⁰ argumentiert Mayer für eine Institutsgründung mit dreifacher Begründung: Sie wäre *wissenschaftlich* fruchtbar, weil sich die Demographie als hochentwickelte und innovative Disziplin mit Fragestellungen auseinandersetzt, die bisher nur unbefriedigend erklärt sind, wie etwa die Schwankungen in der Familien- und Geburtenentwicklung, die Ursachen und Folgen von Migrationen oder die Konsequenzen einer alternden Bevölkerung. *Wissenschaftspolitisch* sei eine solche Institutsgründung dringend geboten, weil die in den Universitäten nur marginal vertretene Bevölkerungswissenschaft in Deutschland nach ihrem Missbrauch im »Dritten Reich« nie wieder den Anschluss an die internationale Forschung erreicht habe. Darüber hinaus berührten die *Forschungsperspektiven* eines Max-Planck-Instituts für demografische Forschung besonders drängende, auch politisch signifikante Probleme wie die weltweiten Wanderungsbewegungen, die Überalterung der entwickelten Industriegesellschaften oder die Überbevölkerung der Welt. Unter den empirischen, quantitativen Sozialwissenschaften nehme die Demographie eine Schlüsselrolle ein, da hier die Verbindung formaler mathemati-

⁹⁰ Karl Ulrich Mayer, Vorüberlegungen zur Errichtung eines Max-Planck-Instituts für Demographische Forschung, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 225–228.

scher Modellbildung und systematischer empirischer Beobachtung am weitesten vorangetrieben wurde. Im Blick auf die personelle Realisierung könne ein Anschluss an die internationale Forschung jedoch nur durch internationale Verflechtung erreicht werden, so Mayer, mindestens zwei von drei Direktoren sollten daher aus dem Ausland rekrutiert werden.⁹¹

Die zur Beratung eingesetzte Kommission unter Mayers Vorsitz⁹² nimmt ihre Arbeit mit der Kooptation von vier ausländischen Demographen als externe Mitglieder auf und hört in den folgen zwei Jahren in Sitzungen und Kolloquien insgesamt 22 nationale und internationale Experten an. Die Gründungsinitiative und die zunehmend konkretisierte Konzeption eines interdisziplinär angelegten demografischen Max-Planck-Instituts, mit dem das tiefgreifende Defizit dieses Forschungsfeldes in Deutschland abgebaut werden könnte, treffen auf enthusiastische Reaktionen. Im Ergebnis leitet die Kommission zur personellen Realisierung des Gründungsvorschlags ein Nominierungsverfahren ein. Im Oktober 1995 legt sie der Sektion ihren Bericht vor, in dem sie die Gründung eines Max-Planck-Instituts für demografische Forschung empfiehlt sowie die Berufung des Demografen, Epidemiologen und Gerontologen James D. Vaupel (1945–2022), Syddansk Universite Odense, zum Gründungsdirektor.

Im November 1995 beschließt der Senat die Gründung des Instituts in Rostock, eine Standortentscheidung, die mit Vaupel abgestimmt und in Gesprächen mit der Universität Rostock und mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet ist. Mit der Einrichtung von zwei Professuren und einer Honorarprofessur für Vaupel, der darüber hinaus das *Population, Policy, Aging and Research Center* der Duke University in Durham/USA leitet, werden an der Universität die Voraussetzungen für einen umfassenden Studiengang Demographie geschaffen. Der Aufbau des Instituts und der von Vaupel geleiteten Abteilung *Evolutionäre Biodemographie, Altern und Langlebigkeit* beginnt 1997 mit der Einrichtung der ersten von drei vorgesehenen Nachwuchsgruppen – den ersten unabhängigen Forschungsgruppen in der Geisteswissenschaftlichen Sektion. In zunächst angemieteten Räumen sind anfangs 15 Mitarbeiter am Institut tätig, ein Jahr später sind es bereits 28, darunter 10 Wissenschaftler, sowie zusätzlich 82 Nachwuchs- und Gastwissenschaftler.

1999 wird der Demograf Jan Michael Hoem (1939–2017), Stockholm, Schweden, für die Abteilung *Fertilität und Familiendynamik im heutigen Europa* als zweiter Direktor an das Institut berufen. In Kooperation mit der Universität Rostock und weiteren europäischen Universitäten gründet das Institut eine „*International Max Planck Research School for Demography*“. 2004 tritt es dem von Paul Baltes geleiteten Netzwerk *Max-NetAging* zur Erforschung der Ursachen, Muster, Prozesse und Konsequenzen des Alterns bei, an dem neben dem Karolinska Institute, Stockholm, und der University of Virginia, USA, auch zehn weitere Institute der Geisteswissenschaftlichen Sektion beteiligt sind. Ebenfalls 2004 gründen das Institut und die Universität Rostock gemein-

91 Ebd.

92 Siehe hierzu die Protokolle der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 18. 10. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 244–252 verso bis zum 19. 10. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1504, fol. 10–32.

sam das „Rostocker Zentrum zur Erforschung der Ursachen und Konsequenzen des demografischen Wandels“, das sich als Mittler zwischen Forschung und Politik versteht. Mit *Population Europe*, gegründet vom Institut und finanziert von der Europäischen Union, entsteht 2009 ein Netzwerk der führenden demografischen Forschungseinrichtungen Europas.

Seit 2003 arbeitet das Institut in einem am Ufer der Warnow errichteten großzügigen Neubau mit im Jahresdurchschnitt ca. 120 Mitarbeitern. Nach der Emeritierung von Jan Hoem wird 2007 in seiner Nachfolge Joshua R. Goldstein (*1965), Princeton University/USA, mit den Arbeitsgebieten *Ökonomische und Soziale Demographie* als zweiter Direktor berufen. Nach dessen Weggang 2013 wird Mikko Myrskylä (*1978), London School of Economics, der zuvor bereits als Leiter einer Nachwuchsgruppe am Institut tätig war, sein Nachfolger. Seit James D. Vaupels Emeritierung 2018 leitet der Soziologe und Demograf Emilio Zagheni (*1981), University of Seattle, die Abteilung *Digitale und computergestützte Demographie* mit den Themen *Migration, Altern* und *Umwelt*. Wie Myrskylä gehörte auch Zagheni bereits zu den Nachwuchswissenschaftlern des Instituts. Die im Gründungskonzept vorgesehene Position eines dritten Direktors ist bisher unbesetzt geblieben.

IV.5 Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie *gegründet 1997 in Leipzig*

Anthropologie als Thema einer potentiellen Forschungsinitiative der Max-Planck-Gesellschaft findet sich bereits in den Sitzungsprotokollen der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 27. Juni 1984. Hier ist es die nach der Schließung des Starnberger Instituts 1981 eingesetzte Kommission „Förderung der Sozialwissenschaften“, die die Gründung eines Max-Planck-Instituts oder einer Projektgruppe anregt, in deren Forschungsprogramm Kognitionswissenschaften und Kulturanthropologie zusammengeführt werden. Auf der Grundlage der Empfehlungen von Kommission und Sektion beschließt der Senat 1988 die Gründung einer auf acht Jahre befristeten *Projektgruppe für kognitive Anthropologie*, die unter der Leitung des Psychologen Dietrich Dörner (*1938), Otto-Friedrich-Universität Bamberg, und Stephen C. Levinson (MPI für Psycholinguistik) im Januar 1990 in Berlin ihre Arbeit aufnimmt. Im Juli 1991 wird die Projektgruppe jedoch aus einer Vielzahl von äußeren, nicht zuletzt standortbedingten Gründen vorzeitig aufgelöst; genannt werden insbesondere ungelöste Probleme der räumlichen Unterbringung und Konflikte in der Anbindung der beiden Leiter an die Freie Universität, welche die Forschungsarbeit nachhaltig behindern. Dörner kehrt auf seinen Lehrstuhl Psychologie an der Universität Bamberg zurück, Levinson setzt seine Arbeit mit einer neu zu gründenden „Forschungsgruppe Kognitive Anthropologie“ fort, die in das Max-Planck-Institut für Psycholinguistik (s. S. 19) eingegliedert wird.

Anthropologie ist auch Teil des Themenkomplexes *Ethologie/Anthropologie*, zu dem der Geisteswissenschaftlichen Sektion 1993 in ihrer Perspektivendiskussion eine Konzeptskizze vorliegt⁹³. Sie wird auch in der Biologisch-Medizinischen Sektion diskutiert; dort ist die Zukunft einer selbständigen MPG-Forschungsstelle „Humanethologie“ berührt, die in den 1970er Jahren im *Max-Planck-Institut für Verhaltensphysiologie* entstanden ist. Im Vorfeld der Emeritierung ihres Leiters, Irenäus Eibl-Eibesfeld (1928–2018), konstituiert sich im Mai 1994 die Präsidentenkommission „Ethologie/Anthropologie“ unter dem Vorsitz des britischen Humangenetikers Walter Bodmer, um über die Zukunftsperspektiven humanethologischer, anthropologischer und ethnologischer Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft zu beraten. Ein Jahr später legt sie ihren Bericht vor; sie empfiehlt, ein anthropologisches Institut zu gründen, das als interdisziplinäres „Brückeninstitut“ Natur- und Geisteswissenschaften zusammenführt. Als Themenbereiche empfiehlt sie *Historische Anthropologie*, *Entwicklung der menschlichen Kognition* und *Anthropologie sozialer Systeme*. Die Überlegungen zur *Ethnologie* sollten davon unabhängig in der Geisteswissenschaftlichen Sektion weiterverfolgt werden.

Eine gemeinsame Kommission der Biologisch-Medizinischen und der Geisteswissenschaftlichen Sektion hat nun die Aufgabe, aus diesem interdisziplinär konzipierten Institutsentwurf eine verfeinerte Architektur von disziplinär verankerten Forschungsschwerpunkten zu entwickeln. Nicht zu trennen ist davon die Suche nach Forscherpersönlichkeiten, deren wissenschaftliche Ausrichtung diesen Schwerpunkten entspricht. Die Kommission befragt dazu 1995 und 1996 in einem Symposium und in Anhörungen rund dreißig Experten aus dem In- und Ausland. 1997 legt sie den beiden Sektionen ihren Bericht vor, verbunden mit dem Vorschlag zur Gründung eines *Max-Planck-Instituts für anthropologische Forschung*, das drei Forschungszentren umfasst: *genetische und sprachliche Evolution*, *Entwicklung der Kognition beim Menschen und bei dem Menschen nahe verwandten Primaten*, *kulturelle Evolution und Evolution des menschlichen Sozialverhaltens*. Jedem Zentrum sind zwei Arbeitsbereiche zugeordnet, einer geisteswissenschaftlich, der andere biologisch ausgerichtet. Zur Berufung vorgeschlagen werden zunächst fünf Wissenschaftler, drei aus den Vereinigten Staaten, zwei aus dem europäischen Ausland: der schwedische Biologe und Paläogenetiker Svante Pääbo (*1955), seit 1990 Universität München; der englische Linguist und Experte für Sprachtypologie Bernard Comrie (*1947), University of California, Santa Barbara; Michael Tomasello (*1950), Professor für Vergleichende Entwicklungspsychologie und Kognitionswissenschaft, University of Georgia/USA; der Verhaltensforscher und Primatologe Christophe Boesch (*1951), Universität Basel, und schließlich William H. Durham (*1949), Stanford University, der als Kulturanthropologe und Evolutionsbiologe das Konzept der Koevolution genetischer und kultureller Faktoren vertritt und als Bindeglied zwischen den disziplinär kontrastierenden Arbeitsbereichen fungieren könnte. Die hier vorgegebene Form der Zusammenarbeit zwischen Biologie und Geisteswissenschaften, so das Plädoyer der Kommission, sei weltweit einzigartig.

93 Hier und im Folgenden vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 469–474. Außerdem die Protokolle der Geisteswissenschaftlichen Sektion vom 3. 2. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1500, fol. 20–32 bis zum 6. 2. 1997, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1508, fol. 28–52.

Beide Sektionen votieren in parallelen Sitzungen nahezu einstimmig und mit nur wenigen Enthaltungen für die Institutsgründung und für die Berufung der vorgeschlagenen Kandidaten. Diskutiert wird in der geisteswissenschaftlichen Sektion nur die Frage, warum unter den Berufungsvorschlägen keine in Deutschland ausgebildeten Kandidaten zu finden seien. Zur Erklärung berichtet die Kommission aus dem von ihr veranstalteten Symposium, in dem sich eine gleiche Anzahl ausländischer und deutscher Wissenschaftler präsentiert hatten, von beträchtlichen Unterschieden in der Qualifikation. Sie sieht dafür vor allem historische Gründe: von der Diskreditierung des Faches durch die Rassenideologie des Nationalsozialismus habe sich die Anthropologie in Deutschland lange nicht befreien können. Auch die Entscheidung über den Institutsnamen, der durch den Arbeitstitel „anthropologische Forschung“ noch nicht festgelegt sei, müsse historische Implikationen berücksichtigen. Erwogen habe die Kommission den Namen „evolutionäre Anthropologie“, um das Institut auch durch seinen Namen von der unseligen Geschichte des *Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* abzugrenzen.

Mit den Senatsbeschlüssen zur Gründung des Instituts und mit der Berufung der fünf vorgeschlagenen Wissenschaftler zu Direktoren werden im Juni 1997 auch der Name – *Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie* – und der Standort des Instituts – Leipzig – festgelegt. Vier Berufungen sind erfolgreich, nur William H. Durham lehnt den Ruf ab und bleibt in Stanford. In Leipzig nehmen die vier Abteilungen Pääbo (*Evolutionäre Genetik*), Comrie (*Linguistik*), Tomasello (*Vergleichende und Entwicklungspsychologie*) und Boesch (*Primatologie*) 1998 im „Reclamhaus“ mit zunächst ca. 50 Mitarbeitern, darunter 18 Wissenschaftlern, ihre Arbeit auf. Geplant wird der Neubau eines Institutsgebäudes am alten Messegelände gegenüber der Deutschen Bibliothek, der 2003 – inzwischen mit bereits ca. 230 Mitarbeitern – bezogen werden kann, sowie eines Primatenhauses für die Abteilung Tomasello im Leipziger Zoo, das als „Wolfgang-Köhler-Zentrum für Primatenforschung“ bereits 2001 eingeweiht wird. Das Institut wird der Geisteswissenschaftlichen Sektion zugeordnet, in wissenschaftlicher Nachbarschaft mit den Instituten für Psycholinguistik und für Kognitions- und Neurowissenschaften, gleichzeitig erhalten Boesch und Pääbo Gast- und Stimmrecht in der Biologisch-Medizinischen Sektion. Die Verbindung zur Universität Leipzig ist dauerhaft eng, sie bezieht die Direktoren als Honorarprofessoren in die Lehre und in die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein. 2005 wird in Kooperation mit der Universität eine *International Max Planck Research School* eingerichtet, später umbenannt in *The Leipzig School of Human Origins*. Im Institut sind neben den Forschungsabteilungen regelmäßig jeweils zwei auf fünf Jahre befristete Selbständige Nachwuchsgruppen, ab 2009 Max-Planck-Forschungsgruppen, tätig. Internationale Vernetzung ist auf der Leitungsebene und in den Forschungsfeldern des Instituts bereits angelegt; Hinweise auf ihre Reichweite sind etwa 2006 die Berufung des chinesischen Gastwissenschaftlers Li Yen, Shanghai, zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts oder auch 2010 die Einrichtung eines *Max Planck-Weizmann Center for integrative Anthropology and Archaeology* in Kooperation mit dem Weizmann Institute of Science im israelischen Rehovot.

Als schwierig und zeitweise konfliktreich erweisen sich die Versuche, die Leitungsebene des Instituts mit den noch offenen Positionen des fünften und sechsten Direktors für das im Grün-

dungskonzept vorgesehene dritte Forschungszentrum zu vervollständigen, das die Arbeitsbereiche *Entwicklung der menschlichen Kognition* und *Anthropologie sozialer Systeme* umfasst. Eine erste, 1999 eingesetzte Kommission scheidet mit ihrem Personalvorschlag für einen fünften Direktor 2001 an einer Rufabsage, ein Findungskolloquium für den sechsten Direktor bleibt ohne Ergebnis. Vorgeschlagen wird nunmehr eine offene Ausschreibung beider Positionen; das Institut widerspricht dem Verfahren mit dem Argument, es nehme ihm die wissenschaftliche Initiative. Der Dissens zwischen Kommission und Institut betrifft zum einen, wie nicht selten in Berufungsvorgängen, divergierende Vorstellungen zur inhaltlichen Ausrichtung, zum anderen hier aber auch die formale Frage, ob und wie weit sich das noch „junge“ Institut von dem vorgegebenen Gründungskonzept entfernt habe. Die Kommission bittet schließlich die Direktoren, neue Personalvorschläge und deren Implikationen für die Gesamtstruktur vorzulegen, und sichert zu, es werde keine Empfehlungen gegen das Votum des Instituts geben. Der weitere Fortgang der gemeinsamen Beratungen führt erst 2004 zu der Berufung des französischen Anthropologen Jean-Jacques Hublin (*1953), Université de Bordeaux I, zum nunmehr fünften Direktor mit dem Arbeitsbereich *Humanevolution*.

Inzwischen sind Christophe Boesch, Bernard Comrie, Michael Tomasello und auch Jean-Jacques Hublin bereits emeritiert. In der Struktur des Instituts und in seinem interdisziplinären Forschungsansatz ist der Kern des Gründungskonzepts eines „Brückeninstituts“ unverändert erhalten. Derzeit ist das Institut gegliedert in sechs Abteilungen.⁹⁴

- *Abteilung für Sprach- und Kulturevolution* unter der Leitung des Evolutionsbiologen und Psychologen Russell David Gray;
- *Abteilung für Vergleichende Kulturpsychologie* unter der Leitung des Entwicklungspsychologen Daniel Haun;
- *Abteilung für Archäogenetik* unter der Leitung des Biochemikers und Paläogenetikers Johannes Krause;
- *Abteilung für Verhalten, Ökologie und Kultur des Menschen* unter der Leitung des Anthropologen Richard McElreath;
- *Abteilung für Evolutionäre Genetik* unter der Leitung von Svante Pääbo;
- *Abteilung für Verhalten und Evolution von Primaten* unter der Leitung der Primatologin Jenny Tung

Zur Forschungsinfrastruktur gehören eine umfangreiche Referenzbibliothek, mehrere molekularbiologische Labors sowie das Wolfgang-Köhler-Primatenforschungszentrum im Leipziger Zoo, jetzt unter der Leitung von Daniel Haun. Das Institut ist seit seiner Gründung kontinuierlich gewachsen und gehört heute zu den größten in der Geistes-, Human- und Sozialwissenschaftlichen Sektion. Am Jahresende 2020 waren 428 Mitarbeiter am Institut tätig, darunter

94 www.eva.mpg.de

79 Wissenschaftler, 171 Nachwuchs- und Gastwissenschaftler sowie 45 aus Drittmitteln finanzierte Wissenschaftler.

Im Oktober 2022 wird Svante Pääbo der Nobelpreis für Medizin oder Physiologie zuerkannt. Ausgezeichnet wird Pääbo für seine grundlegend neuen Erkenntnisse über die Genome ausgestorbener Hominiden und über die menschliche Evolution; das Karolinska Institut würdigt ihn zugleich als Begründer der neuen wissenschaftlichen Disziplin Paleogenetik.

IV.6 Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung

gegründet 1998 in Halle

Auch die Vorgeschichte dieses Instituts nimmt ihren Anfang in der Perspektivendiskussion der Geisteswissenschaftlichen Sektion⁹⁵ vom 18. Oktober 1993 und unter den vom Senat beschlossenen „Leitlinien der Max-Planck-Gesellschaft zur Bildung einer einheitlichen deutschen Forschungslandschaft“. Unter den zehn vorliegenden Konzeptskizzen für mögliche Institutsgründungen zu geistes- oder sozialwissenschaftliche Forschungsgebieten, die in der Max-Planck-Gesellschaft bisher nicht vertreten sind, finden sich auch die von Wolfgang Klein und Stephen C. Levinson, Otto Gerhard Oexle (MPI für Geschichte) und Michael Stolleis (MPI für Rechtsgeschichte) verfassten „Überlegungen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung“,⁹⁶ denen die Sektion den zweiten Rang in ihrer Prioritätenliste – nach dem Thema Demografie – zuerkennt. Denkbare thematische Überschneidungen mit gleichzeitig aufgenommenen Kommissionsberatungen zu dem sektionsübergreifenden Gründungskonzept „Ethnologie/Anthropologie“ legen es vor einer näheren Prüfung jedoch nahe, zunächst deren erste Ergebnisse abzuwarten.

Die Kommission „Ethnologie/Kulturanthropologie“ beginnt ihre Arbeit 1995 mit der Anhörung deutscher und ausländischer Experten und mit einem Kolloquium, um die Voraussetzungen für eine personelle Realisierung des Vorhabens zu prüfen. Ihre ersten Erfahrungen sind zwiespältig, sowohl was die Suche nach potentiellen Kandidaten betrifft als auch hinsichtlich des Faches, das sich in Deutschland konzeptionell im Umbruch befindet. Die Kommission, der auch die Autoren der „Überlegungen“ angehören, hält an ihren Vorstellungen von einem interdisziplinären, theoretisch orientierten Institut fest, in dem eine moderne ethnologische Feldforschung und die komparative Erforschung interethnischer Beziehungen gleiches Gewicht haben. Der interethnische Forschungsansatz stößt jedoch insbesondere bei den deutschen Ethnologen auf Abwehr, die Kandidatensuche stockt, und es kommt Skepsis auf, ob das Konzept mit der geplanten Institutsgründung zu realisieren wäre. Erst nach dem positiven Ergeb-

95 Protokolle der GWS vom 18. 10. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 244–253 bis zum 24. 6. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1512, fol. 1–22. Hier und im Folgenden siehe auch Henning und Kazemi, *Handbuch*, 2016, Bd. 1, 461–467.

96 W. Klein, St. C. Levinson, O. G. Oexle, M. Stolleis, *Überlegungen zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Ethnologie*, Protokoll der GWS vom 18. 10. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1498, fol. 244–352.

nis eines zweiten Kolloquiums kann die Kommission 1998 der Sektion eine mit Berufungsvorschlägen verbundene Gründungsempfehlung vorlegen, der sich die Sektion mit einem nahezu einstimmigen Votum anschließt.

Auf dieser Grundlage beschließt der Senat im Juni 1998 die Gründung eines *Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung*. Geplant sind drei Abteilungen, als Standort wird Halle beschlossen und eine Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig vereinbart. Als Gründungsdirektoren werden der Sozialanthropologe und Ethnologe Chris M. Hann (*1953), University of Kent/GB berufen, dessen Forschungsschwerpunkte in Osteuropa und Eurasien liegen, sowie der Ethnologe Günther Schlee (*1951), Universität Bielefeld, der über langjährige Feldforschungserfahrung in Sudan, Kenia, Somalia und Süd-Äthiopien verfügt. Beide nehmen 1999 in Halle, zunächst in angemieteten Räumen, mit den ersten 16 Mitarbeitern ihre Arbeit auf, Schlee als Leiter der Abteilung *Integration und Konflikt* mit regionalem Schwerpunkt in Afrika, Hann mit der Abteilung *Resilienz und Transformation in Eurasien* und regionalem Schwerpunkt in den post-sozialistischen Ländern Eurasiens.⁹⁷ Beide erhalten Honorarprofessuren an den Universitäten Halle und Leipzig. Gemeinsam leiten Hann und Schlee das inzwischen abgeschlossene Projekt *Sibirienzentrum*, koordiniert von Joachim Otto Habeck, um eine permanente Basis für sozialanthropologische Forschungen zu Sibirien, zum Hohen Norden und zum Fernen Osten Russlands zu sichern.⁹⁸

Als Vorläufer der geplanten dritten Abteilung des Instituts und zur Vorbereitung ihres Aufbaus wird im Juli 2000 eine Projektgruppe „Rechtspluralismus“ mit regionalem Schwerpunkt in den Ländern Südostasiens eingerichtet, geleitet von den beiden Rechtsethnologen Franz (1941–2013) und Keebet von Benda-Beckmann (1946–2022), Universität Wageningen/Niederlande; beide werden ebenfalls zu Honorarprofessoren an den Universitäten Halle und Leipzig ernannt. 2008 wird am Institut die *International Max Planck Research School on Retaliation, Mediation and Punishment* eingerichtet, in Kooperation mit drei rechtswissenschaftlichen Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und mit den Universitäten Freiberg und Halle-Wittenberg; bei ihrer Verlängerung 2013 übernimmt das Hallenser Institut die Verantwortung für die gesamte Koordination. 2012 wird eine zweite *International Max Planck Research School for the Anthropology, Archaeology and History of Eurasia* eröffnet, getragen von der Abteilung Hann und mehreren Instituten der Universität Halle-Wittenberg. Gleichzeitig gründen die Abteilung Schlee und das Ethnologische Seminar der Universität Zürich, aufbauend auf längerer Kooperation, ein „Zentrum für ethnologische Studien zu Zentralasien“. In der Abteilung Hann werden zwei Forschungsgruppen für „Historische Ethnologie Eurasiens“ und für die „globale Politische Ökonomie des (UNESCO-) Kulturerbes“ eingerichtet. Im Institut sind um die Jahreswende 2011/2012 insgesamt 111 Mitarbeiter tätig, darunter 48 Wissenschaftler und 52 Nachwuchswissenschaftler, darüber hinaus

97 Siehe dazu beispielsweise den Abteilungsbericht 2005 mit dem Schwerpunktthema zu Besitz und Eigentum: Chris Hann (Hg.): *Property Relations: The Halle Focus Group 2000–2005*. MPI for Social Anthropology 2005. <https://www.eth.mpg.de/pubs/institute-reports/pdf/institute-report-2000–2005-property-relations-de>. Zuletzt aufgerufen am 25. 10. 2022.

98 Ausführlich zum Sibirienzentrum: https://www.eth.mpg.de/2927300/siberian_studies_centre

sechs aus Drittmitteln finanzierte Mitarbeiter sowie 48 Assoziierte Wissenschaftler und 37 Gastwissenschaftler.

2011 wird mit der Berufung der belgischen Juristin, Sozial- und Kulturanthropologin Marie-Claire Foblets (*1959) die vorgesehene dritte Abteilung *Recht und Ethnologie* am Institut etabliert. Foblets hatte zuvor den Lehrstuhl für Ausländerrecht und Rechtsanthropologie der Katholieke Universiteit Leuven inne. Nach der Emeritierung der beiden Gründungsdirektoren Hann und Schlee leitet seit 2020 Ursula Rao (*1965), zuvor langjährige Direktorin des Ethnologischen Instituts der Universität Leipzig, die Abteilung *Ethnologie, Politik und Governance* und der chinesische Sozialanthropologe Biao Xiang (*1972), zuvor Professor für Sozialanthropologie an der Universität Oxford, die Abteilung *Anthropologie des wirtschaftlichen Experimentierens*. Auch in der zweiten Direktorengeneration bleibt in der heutigen Gestalt des Instituts und in seinen drei Abteilungen das Gründungskonzept in seinem Kern erkennbar. Unter den Stichworten Internationalität, Interdisziplinarität, Theorieorientierung und mit seinem genuin komparativen Forschungsansatz findet sich das Institut in der Geistes-, Human- und Sozialwissenschaftlichen Sektion heute durchaus unter „Verwandten“, in nächster Nachbarschaft wohl zum Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie. Wie dieses Institut ist auch das später gegründete, kleinere Max-Planck-Institut in Halle auf der einen Seite geprägt durch eine weltweite wissenschaftliche Vernetzung, auf der anderen durch eine enge, bewusst gepflegte Verbindung zur Universität, hier zu den Universitäten Halle und Leipzig. Beides lässt sich nicht nur an der Vielzahl der kooperativen Projekte ablesen, sondern auch an der über die Jahre kontinuierlich wachsenden Zahl der Nachwuchswissenschaftler und wissenschaftlichen Gäste, die das Institut in seine Forschungsarbeit einbezieht.

V. Quellen- und Literaturverzeichnis

V.1 Ungedruckte Quellen

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Senat

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 20.SP

Wissenschaftlicher Rat

AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1460, 1461, 1464, 1488–1524

V.2 Bibliografie

Ash, Mitchell G.: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Balcar, Jaromír: *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/57 bis 1972*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Duve, Thomas, Jasper Kunstreich und Stefan Vogenauer (Hg.): *Rechtswissenschaft in der Max-Planck-Gesellschaft, 1948–2002*. Göttingen: Vanderhoeck & Ruprecht 2022.

Ebert-Schifferer, Sybille: Mit dem Herzen in Rom, mit den Augen im Gestern. Ernst Steinmanns Blick auf Rom. In: Anna Esposito und Heidrun Ochs (Hg.): *Trier – Mainz – Rom. Stationen, Wirkungsfelder, Netzwerke. Festschrift für Michael Matheus zum 60. Geburtstag*. Regensburg: Schnell und Steiner 2013, 393–402.

Graus, František: Am Rande der ersten zwei Bände des neuen »Dahlmann-Waitz«. *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 108 (1972), 211–222.

Hann, Chris (Hg.): *Property Relations: The Halle Focus Group 2000–2005*. MPI for Social Anthropology 2005. <https://www.eth.mpg.de/pubs/institute-reports/pdf/institute-report-2000-2005-property-relations-de>. Zuletzt aufgerufen am 25. 10. 2022.

Henning, Eckart und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot 2011.

———: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 1. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016.

- : *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen*. Bd. 2. Berlin: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 2016.
- Hueck, Ingo: Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht. In: Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*. Bd. 1: *Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Göttingen: Wallstein Verlag 2000, 490–527.
- Kant, Horst und Jürgen Renn: *Eine utopische Episode – Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 2013.
- Kocka, Jürgen, Carsten Reinhardt, Jürgen Renn und Florian Schmaltz (Hg.): *Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023.
- Lange, Felix: »Wider das völkerrechtliche Geschwafel«. Hermann Mosler und die praxisorientierte Herangehensweise an das Völkerrecht im Rahmen des Max-Planck-Instituts. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 75 (2015), 307–343.
- : *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.
- Leendertz, Ariane: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010.
- Levelt, Willem: *A History of Psycholinguistics. The Pre-Chomskyan Era*. Oxford: Oxford University Press 2013.
- Link, Fabian: *Soziologie und Politologie hoch entwickelter Gegenwartsgesellschaften. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 1984–1997*. Berlin: GMPG-Preprint 2022.
- Magnus, Ulrich: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hg.): *Max-Planck-Institut für Psycholinguistik. Nijmegen*. München 2015.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Hg.): *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den neuen Bundesländern*. München 2003.

- Mayntz, Renate (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994.
- : *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994.
- Schochow, Werner: Vom Vorlesungsbehelf zum Fachbibliographischen Magazin. 135 Jahre Dahlmann-Waitz. Hermann Haering zum 80. Geburtstag. *Zeitschrift für Bibliothekswissenschaft und Bibliographie* 13 (1966), 149–168.
- Scholz, Juliane: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft (1945–1980)*. Berlin: GMPG-Preprint 2019.
- Schöttler, Peter: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel*. Berlin: GMPG-Preprint 2017.
- : *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext, 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.
- Steinmann, Ernst (Hg.): *Die Sixtinische Kapelle*. 2 Bände, München, 1901/1905.
- Stolleis, Michael: *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur. 1914–1945*. Bd. 3. München: C. H. Beck 1999.
- Thoms, Ulrike: Geschichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin.
In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*. Wiesbaden: Springer 2016, 1009–1024.
- Wolf, Gerhard: Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 2015, 344–357. doi:10.34663/9783945561010-11.
- Zweigert, Konrad: Hans Dölle. 1893–1980. *Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 44/3 (1980), 421–422.

V.3 Personenverzeichnis

A

Adenauer, Konrad 10
Audretsch, David B. 38

B

Baccaro, Lucio 33
Balcar, Jaromír 6, 15, 24
Baltes, Paul 18, 19, 22, 30, 45
Baumert, Jürgen 18
Becker, Carl-Heinrich 17
Becker, Hellmut 16, 17, 18
Beckert, Jens 32, 33
Benda-Beckmann, Franz von 51
Benda-Beckmann, Keebet von 51
Benson, Etienne Samuel 43
Bernhardt, Rudolf 8
Bierwisch, Manfred 27
Bilfinger, Carl 7, 8, 12
Bodmer, Sir Walter 47
Boesch, Christophe 47, 48
Boivin, Nicole 38
Bruhns, Leo 11, 12
Bruns, Viktor 7, 8
Butenandt, Adolf 7, 15, 19, 24

C

Comrie, Bernard 47, 48
Cramon, Yves von 40
Cutler, Anne 27

D

Dahrendorf, Ralf 22
Damerow, Peter 19
Daston, Lorraine 43
Dölle, Hans 9, 10
Dörner, Dietrich 46
Durham, William H. 47, 48

E

Edding, Friedrich 17, 18
Eibl-Eibesfeld, Irenäus 47

F

Fisher, Simon E. 27
Fleckenstein, Josef 14, 15, 28
Foblets, Marie-Claire 52
Friederici, Angela 40, 41

G

Gerhard, Dietrich 14
Gershenson, Jonathan 39
Gierer, Alfred 25, 42
Gigerenzer, Gerd 18, 29
Goldschmidt, Dietrich 17, 18
Goldstein, Joshua R. 46
Goody, Jack 30
Gray, Russell 38
Güth, Werner 38

H

Habermas, Jürgen 21, 22, 23, 28
Hahn, Otto 7, 12
Hann, Chris M. 51, 52
Harnack, Adolf von 11
Heckhausen, Heinz 28, 29
Heimpel, Hermann 13, 14, 16
Heisenberg, Werner 12, 20
Hertz, Henriette 11, 12
Heymann, Ernst 9
Hoem, Jan Michael 45, 46
Hoppenstedt, Werner 12
Hörmann, Hans 25
Hublin, Jean-Jacques 49

K

Kehr, Paul Fridolin 13
Klein, Wolfgang 26, 50
Kocka, Jürgen 5, 6
Kolboske, Birgit 6
Krause, Johannes 38
Krautheimer, Richard 11
Krüger, Lorenz 42, 43

L

Lehmann, Hartmut 15
Lepsius, Rainer 30
Levelt, Willem J.M. 26, 27, 35, 40
Levinson, Stephen C. 27, 46, 50
Lindenberger, Ulman 39
Lotz, Wolfgang 12
Lüst, Reimar 22, 24, 28

M

Marslen-Wilson, William 27
Matthes, Joachim 30
Mayer, Karl Ulrich 18, 19, 44, 45
Mayntz, Renate 22, 31, 32, 35
Mestmäcker, Ernst-Joachim 35
Metternich, Franz Graf Wolff 12
Mosler, Hermann 8
Myrskylä, Mikko 46

O

Oexle, Otto Gerhard 15, 50

P

Pääbo, Svante 47, 48
Papst Pius XII. 12
Picht, Georg 16
Planck, Max 12
Prinz, Wolfgang 29, 35, 40, 41

R

Rabel, Ernst 9, 10
Rao, Ursula 52
Renn, Jürgen 19, 20, 39, 43
Rheinberger, Hans-Jörg 43
Robinsohn, Saul B. 17
Roeder, Peter Martin 18

S

Schäfer, Dagmar 43
Scharpf, Fritz W. 31, 32, 35
Schlee, Günther 51, 52
Schluchter, Wolfgang 22, 23
Schmid, Carlo 16
Schoepflin, Urs 6
Schreiber, Georg 13
Singer, Wolf 35, 40
Stachel, John 43
Stolleis, Michael 50
Streeck, Wolfgang 32, 33
Streit, Manfred 19, 20, 37, 39

T

Tomasello, Michael 47, 48

V

Vaupel, James D. 45, 46
Vierhaus, Rudolf 14, 15

W

Warburg, Aby 11
Weidenmüller, Hans-Arwed 42
Weinert, Franz Emanuel 22, 23, 28, 29, 35, 41,
42
Weizsäcker, Carl Friedrich von 16, 19, 20, 21,
22, 23
Witt, Ulrich 37, 38, 39

X

Xiang, Biao 52

Y

Yen, Li 48

Z

Zacher, Hans F. 14, 32, 34, 35, 36, 37
Zagheni, Emilio 46

V.4 Abkürzungen

ALU	Albert-Ludwigs-Universität
BMS	Biologisch-Medizinische Sektion
CPTS	Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
GB	Großbritannien
GMPG	Forschungsprogramm „Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“
GSHS	Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftliche Sektion
GWS	Geisteswissenschaftliche Sektion
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität
MaxNetAging	<i>Max Planck International Research Network on Aging</i>
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MPI	Max-Planck-Institut
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PISA	<i>Programme of International Student Assessment</i>
SDU	Süddänische Universität
TIMMS	<i>Trends in International Mathematics and Science Study</i>
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization</i>

Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

Thomas Steinhauser, Hanoeh Gutfreund und Jürgen Renn: »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

Birgit Kolboske: »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

Jaromír Balcar: »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

Gregor Lax: »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

Doris Kaufmann: »Konrad Lorenz: Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

Jaromír Balcar: »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

Juliane Scholz: »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

Ulrich Magnus: »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

Felix Lange: »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

Eberhard Eichenhofer: »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

Gregor Lax: »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

Mitchell G. Ash: »Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995«. Preprint 13: 2020.

Jaromír Balcar: »Wandel durch Wachstum in ›dynamischen Zeiten‹. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/1957 bis 1972«. Preprint 14: 2020.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft«. Preprint 15: 2020.

Fabian Link: »Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften: Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997«. Preprint 17: 2022.

Bezugsadresse

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin

E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen>

gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

